krisis
Kritik der Warengesellschaft

Julian Bierwirth

Der Grabbeltisch der Erkenntnis

Untersuchung zur Methode des *Gegenstandpunkt*

Beitrag **2 / 2016**

Julian Bierwirth

Der Grabbeltisch der Erkenntnis

Untersuchung zur Methode *Gegenstandpunkt*

Krisis – Kritik der Warengesellschaft 2/2016

Hrsg.: Förderverein Krisis – Verein für kritische Gesellschaftswissenschaft e.V.
Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg

Tel. ++49 911 7056 28
Fax ++49 911 780 9542

www.krisis.org
krisisweb@yahoo.de

ISSN 2196-940X

CC BY-NC 3.0 DE

Zusammenfassung

Die Zeitschrift *Gegenstandpunkt* (GSP), ehemals Marxistische Gruppe, genießt den Nimbus, besonders radikale Kapitalismuskritik zu betreiben. Sie nimmt für sich in Anspruch, schonungslos über die herrschenden Zustände aufzuklären und theoretisch so konsequent zu sein, dass sie sich allein auf die Kraft „vernünftiger Argumente“ stützen könne. Dieses Beharren auf dem Primat des Wissens geht einher mit einer bestimmten Form der Theorieproduktion und -vermittlung, die in hohem Maße autoritär strukturiert ist und ihre Gegner systematisch diffamiert, statt die kritische Auseinandersetzung zu suchen.

Demgegenüber will die vorliegende Untersuchung zeigen, dass der GSP keinesfalls so radikal ist, wie er sich geriert, sondern inhaltlich und methodisch in vieler Hinsicht sogar noch hinter das Reflexionsniveau des „bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs“ zurückfällt, den er doch vermeintlich vernichtend kritisiert. Im Kern reduziert sich die GSP-Position auf die mechanistische Vorstellung, jedes gesellschaftliche Verhältnis, jede soziale Beziehung und jede menschliche Regung gehe in Interessen und Zwecken auf und Kapitalismuskritik bestehe darin, nachzuweisen, dass bestimmte Interessen – im wesentlichen die des „Proletariats“ – systematisch geschädigt würden. Dem entspricht methodisch ein platter Positivismus, der die Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen für das Ganze nimmt und daher unterstellt, das wissenschaftliche Denken könne unmittelbaren Zugang zu den Dingen finden, wenn es nur „richtig“ und konsequent die Werkzeuge der Vernunft und der Logik anwende. Es kann daher nicht verwundern, dass der GSP eine Auseinandersetzung mit erkenntnistheoretischen Fragen als vollkommen überflüssig ablehnt, um sich so gegen Kritik zu immunisieren.

Seine radikal-positivistische Methode versperrt dem GSP darüber hinaus auch jeden Zugang zur Reflexion auf die grundlegenden Formbestimmungen kapitalistischer Vergesellschaftung. Diese erscheinen ihm als überhistorische und damit unproblematische Selbstverständlichkeiten, die nur „vernünftig“ organisiert werden müssen. Das gilt für das mit der Warenform gesetzte Subjekt-Objekt-Verhältnis ebenso wie für die Arbeit und den Staat. Zudem resultiert daraus eine systematische Blindheit gegenüber rassistischen und sexistischen Projektionen und

Konstruktionen, die sich nicht platt-unmittelbar auf „Interessen“ und „Zwecke“ zurückführen lassen. Diskriminierende Äußerungen auf Veranstaltungen und in Texten sowie die zynische Rationalisierung von sexistischen und rassistischen Vorfällen sind die logische Konsequenz hieraus. Und schließlich reflektieren sich diese theoretischen Kurzschlüsse auch in den Vorstellungen von einer befreiten Gesellschaft. Der „Kommunismus“ á la GSP ist die Fiktion einer auf dem Partikularstandpunkt basierenden Gesellschaft, die durch „kluge Planung“ und das allseitig durchgesetzte Primat des Wissens so organisiert sein soll, dass es zu keinerlei Interessenkollisionen komme, also um die perfekte Nachbildung der kapitalistischen Gesellschaft ohne ihre bedauerlichen Nachteile. Mit radikaler Gesellschaftskritik hat dies erkennbar wenig zu tun.

„Es geht um folgendes: Sind vorgetragene Gedichte die korrekte Beschreibung dessen, was abläuft?“
(Mao Tse Tung)

Karl Held: „Bobby, ich mache jetzt eine Polemik, sowas hast Du noch nicht erlebt: mach Dir doch das Leben nicht so schwer!“

Robert Kurz: „Na ja, ich denke halt, Du machst es Dir zu einfach.“

Inhalt

I. Legenden

„Die Revolution ist kein Festmahl, kein literarisches Schaffen, kein Malen oder keine Feinstickerei.“ (Karl Held)[1]

Über die Attraktivität einer sich als radikal verstehenden Kritik des Kapitalismus entscheidet nicht nur die Frage, ob sie ihren Gegenstand trifft und ihrem Anspruch gerecht wird, sondern ob sie in der Lage ist, die sozialpsychologischen Befindlichkeiten gesellschaftskritischer AktivistInnen abzupassen – sie „da abzuholen, wo sie stehen“, wie es immer heißt. Wenn eine Theorie etwa in dem Ruf steht, besonders radikal zu sein, hat sie diesbezüglich einen deutlichen „Vermarktungsvorteil“ in der linken Szene. Wenn sie es dann noch schafft, in wesentlichen Punkten an das bürgerliche Weltbild anzudocken, bekommen die AktivistInnen die Gesellschaftskritik zum Nulltarif: alles kann so bleiben wie es ist, trotz allem lässt es sich vortrefflich scheinradikal kritisieren. In diesem Fall ist es bereits einprogrammiert, dass Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinanderklaffen.

Eine theoretische Position, die seit den 1970er Jahren die linke Szene im deutschsprachigen Raum beschäftigt, ist die der ehemaligen *Marxistischen Gruppe,* die sich heute rund um das Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* organisiert. Sie hat den Nimbus besonders radikaler und schonungsloser Kapitalismuskritik; die Liste dessen, was sie vermeintlich leisten soll, ist lang. Auf die Befreiung der Menschen von Herrschaft arbeitet sie, so der Anspruch, mittels einer rücksichtslosen Aufklärung über die herrschenden Zustände hin. Sie strebt die Aufhebung des Kapitalismus durch die Klasse an, deren Zwecke in ihm nicht vorkommen: das Proletariat. Und gilt mithin als Musterbeispiel antibürgerlicher Gesellschaftskritik und als derart konsequent in ihren Analysen, dass sie gänzlich ohne moralische Hilfsmittel auskommen könne und so ganz auf der Kraft fundierter Argumente beruhe.

Wer nun aber die Theorie und Praxis dieser Strömung genauer anschaut, wird schnell feststellen, dass hier kaum etwas Gold ist – egal wie sehr es glänzt. Das beginnt schon mit der Form der Theorieproduktion und –vermittlung selbst.

1. Zur Theorie der falsch zugeordneten Zitate vgl. Kling 2011, S. 67ff.

Allem Anspruch auf Befreiung zum Trotz reproduzieren die Gruppen im Umfeld des *Gegenstandpunkts* autoritäre Strukturen in erheblichem Maß. Statt im Austausch von Argumenten zu bestehen, haben ihre Veranstaltungen oft den Charakter einer Publikumsbeschimpfung. Statt mit ArbeiterInnen gegen das Kapital zu agieren, werden im Wesentlichen Intellektuelle (oder solche, die es gerne sein möchten) agitiert. Und statt antibürgerlich zu sein, ist der GSP bürgerlich bis zum Erbrechen und moralisierend bis zur Hutkrempe: einerseits in seiner Theorie, die im Wesentlichen ein pseudo-radikaler Abklatsch des bürgerlichen Wissenschaftspositivismus ist; und andererseits in seinen Vorstellungen von politischem Handeln. Zu letzterem klingen die Vorschläge des GSP oft kaum anders, als speisten sie sich aus dem Ressentiment des bürgerlichen Konservatismus.

Auch wenn das kaum zu übersehen ist, wird es in der Linken gerne relativiert. Nicht selten ist zu hören, die Theorie des GSP sei doch sehr klug, auch wenn vielleicht ihre Position zu sexualisierter Gewalt oder einzelne Äußerungen zum Rassismus ein wenig fragwürdig seien. Es erscheint dann so, als habe Beides nichts miteinander zu tun – eine Auffassung, die der GSP übrigens gar nicht teilt, sondern entsprechende Äußerungen sogar explizit verteidigt und damit in den Rahmen seiner Theorie einbettet.

So haben die Referenten des GSP beispielsweise die Angewohnheit, gesellschaftlich diskriminierte oder marginalisierte Gruppen mit abwertenden Bezeichnungen zu benennen. Als sich eine Leserbriefschreiberin einst beschwerte, dass in der Zeitschrift am laufenden Band Wörter wie „Neger“, „Miezen“, „Homos“ fallen würden oder von einer „vorläufigen Endlösung der Palästinenserfrage“ die Rede sei, wurde dies nicht nur abgedruckt, sondern auch umfassend kommentiert. Die Frage, warum es schon okay gehe, halt so daherzureden, wie einem der bürgerliche Schnabel gewachsen ist, sei „kein Nebenkriegsschauplatz“, so ließ die Redaktion ihre LeserInnen wissen. Denn, so die Auskunft, es gehe doch nur darum, eine Sache zu benennen. Wertungen seien damit in keinem Falle verbunden (vgl. Gegenstandpunkt 2006).

Die Nähe dieser Position zur AfD ist offensichtlich, doch trotz allem gilt dies Vielen als „Ausrutscher“ oder als “schräger Zug“ einer ansonsten ziemlich klugen oder zumindest ganz passablen Theorie. Ähnlich verhält es sich mit politi-

schen Aussagen zur linken Szenepraxis. Wenn etwa antifaschistische AktivistInnen in einer ostdeutschen Nazihochburg betonen, sie würden nicht zuletzt auch deshalb gegen Nazis mobilisieren, weil diese sie auf offener Straße bedrohten, dann entblödet sich der Referent nicht, ihnen einen anderen Kleidungsstil zu empfehlen (vgl. Decker 2008).

Nicht schöner wird es, wenn einige GSP-Fans versuchen, Fragen um sexualisierte Gewalt zu diskutieren. Dann kommen sie nämlich zu dem Schluss, wer einen Schutzraum von Betroffenen vor den Tätern fordere, verhalte sich „rassistisch“ und fordern ein, dem Täter freundlich zu erklären, dass so eine Vergewaltigung doch gar nicht in seinem Interesse liege. Auch, dass die Forderung nach einem Schutzraum zugleich umstands- und argumentationslos als Ruf nach ‚Rache’ gewertet wird, ist aus der bürgerlichen Debatte mehr als bekannt. Den Hinweis allerdings, viel wichtiger als alles dies sei es doch, die Betroffenen mit den richtigen Gründen über die Ursachen ihrer „Schädigung“ zu versorgen – diese Dreistigkeit findet sich selbst in bürgerlichen Diskussionen über sexualisierte Gewalt nur sehr selten (vgl. MPunkt 2007).

Überhaupt steht solches „rationale Argumentieren“ im Mittelpunkt der politischen Praxis des GSP und seines Umfeldes, und es stört ihn keineswegs, dass die Betroffenen dies nicht selten als psychische Grenzüberschreitung, Beleidigung oder Mobbing empfinden. Statt eines Nachdenkens darüber oder gar einer Entschuldigung, wird der GSP allenfalls noch eine „argumentative“ Rechtfertigung nachschieben, die das Ganze noch verschlimmert.

Wie aber kommt es, dass eine politische Gruppe, die solche Unverschämtheiten in unschöner Regelmäßigkeit reproduziert und zudem in hohem Maße autoritär strukturiert ist, eine solche Attraktivität in der linken Szene genießt? Die hier vertretene Auffassung geht davon aus, dass diese Phänomene direkt mit den theoretischen Prämissen des GSP verbunden sind. Sie sind keine Abweichung von einer eigentlich plausiblen Theoriebildung, sondern stehen in direktem Zusammenhang mit einer falschen, an den bürgerlichen Wissenschaftspositivismus angelehnten Pseudo-Kritik. Das Auftreten, die Inhalte und der theoretisch-philosophische Standpunkt des GSP sind in sich weitestgehend kohärent. Sie nehmen ihren Ausgangspunkt in der utilitaristischen Vorstellung, jedes gesellschaftliche

Verhältnis, jede soziale Beziehung und jede menschliche Regung gehe in Interessen und Zwecken auf; daher brauche das zur Revolution bemächtigte Proletariat zur Ausführung seiner Mission lediglich noch das gesicherte Wissen über seine Interessen und die Zwecke, denen die herrschende Ordnung dient. Ausgehend davon versucht der GSP zu zeigen, dass jede Gesellschaftskritik, die diese Prämissen nicht teilt, in die Irre führen muss. Diesem platten Hyperrationalismus verdankt sich sowohl der Gestus des Allwissenden und des Von-oben-herab-Belehrens, als auch die unkritische Rationalisierung rassistischer und sexistischer Äußerungen und Haltungen, die sich nun mal nicht aus „Interessen" erklären lassen und deshalb systematisch ausgeblendet werden.

Das theoretische Programm des GSP kann verstanden werden als Abwehr einer Kritik gesellschaftlicher Formbestimmungen. Gleichzeitig weist sich der GSP als Kind seiner Zeit aus: die Anrufung einer Arbeiterklasse als bloßer Fiktion ohne realen Bezug auf die tatsächlich geführten sozialen Kämpfe ist aus den polit-ökonomischen Rahmenbedingungen der letzten Jahrzehnte erklärbar. Noch in den 1950er Jahren hätte eine Position wie die des GSP nicht mehr als ein mildes Lächeln verursacht und wäre keinesfalls in der Lage gewesen, über Jahrzehnte hinweg eine relevante Position in der radikalen Linken zu markieren. Wo aber der Klassenkampf sich längst als immanenter Interessenkonflikt entpuppt hat, daraus aber keine theoretischen Konsequenzen gezogen werden, bleibt nur noch ein völlig irrealer verbaler Bezug auf ihn übrig. Insofern stellt der GSP ein spezifisches Verfallsprodukt des traditionellen Marxismus dar und seine relative Attraktivität kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass ein erheblicher Teil der Linken ebenfalls weiterhin auf dieses Denkuniversum fixiert bleibt. Allerdings weist der GSP einige Besonderheiten auf, die im Folgenden genauer untersucht werden sollen.

2. Der Primat des Wissens

> *„Demnach muss ein jedes vernünftige Wesen so handeln, als ob es durch seine Maximen jederzeit ein gesetzgebendes Glied im allgemeinen Reich der Zwecke wäre." (Peter Decker)*

Der *Gegenstandpunkt (GSP)* existiert seit Mitte der 1990er Jahre unter diesem Namen. Seine Vorläuferorganisation war die *Marxistische Gruppe (MG)*, seit Anfang der 1970er Jahre aktiv und ihrerseits die Nachfolgeorganisation der *Roten Zellen Arbeiterkampf (AK) München*. Die Roten Zellen (ROTZ) hatten kurz vor ihrer Umbenennung eine Arbeitskonferenz veranstaltet, auf der sie die *Programmatische Erklärung der Roten Zellen/AK* erarbeiteten, welche die politische Strategie erläutert, die in ihren wesentlichen Teilen noch bis heute vom GSP verfolgt wird. Um zu verstehen, warum der GSP genau das tut, was er tut, ist es daher hilfreich, die Argumentation dieses Papiers zur Kenntnis zu nehmen. Wir werden dort direkt im ersten Absatz darüber aufgeklärt, wohin die Reise geht:

> „Kommunistische Politik ist Resultat wissenschaftlicher Einsicht in das Kapitalverhältnis. Sie zielt auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Zielsetzung hat Marx aus der wissenschaftlichen Erkenntnis des Kapitalismus, mithin aus dem Charakter dieser Gesellschaft selbst begründet. Revolutionäre Theorie ist das wissenschaftliche Begreifen der kapitalistischen Gesellschaft und als solches deren Kritik." (Rote Zellen, S. 6)

Die Autoren bestimmen hier die revolutionäre Praxis („Kommunistische Politik") als Ergebnis einer zuvor erworbenen Wissens über die kapitalistische Gesellschaftsordnung („wissenschaftliche Einsicht in das Kapitalverhältnis"). Damit ist eine erste relevante Aussage getroffen: bevor überhaupt kommunistische Politik möglich wird, ist eine wissenschaftliche Bestimmung der abzuschaffenden Gesellschaft notwendig. Anders formuliert: der Ausgangspunkt ist die Annahme vom Primat des Wissens.

Darüber hinaus wird die Praxis kommunistischer Politik, die auf die zuvor erworbene Erkenntnis des Kapitalverhältnisses folgt, ebenfalls bestimmt: sie muss die Ablösung des Kapitalismus durch eine andere, nichtkapitalistische Gesellschaft zum Ziel haben („Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft").

So weit, so gut. Aber damit ist eine Ablehnung jeglicher Politik verbunden, die einen Ansatz innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft findet. Wer „die Verhältnisse […] zur positiven Grundlage von ‚Veränderungen'" mache, der habe bereits „die gesellschaftlichen Verhältnisse als vorgegebene akzeptiert".[2]

Dementsprechend soll kommunistische Politik ihren Ausgangspunkt auch nicht an den realen Leidenserfahrungen der Menschen nehmen, sondern an der objektiven Einsicht in die Verhältnisse. Jedwede „Parteilichkeit" etwa mit sozialen Bewegungen oder Betroffenen von Ausgrenzung, Gewalt, Herrschaft, Ausbeutung und dergleichen mehr sei „nur dumm und moralisch, nicht aber revolutionär." Wer anderes behaupte sei ein „Verächter der Theorie" und vergesse, dass vor der Überwindung des Kapitalverhältnisses das Wissen über die „Bestimmungen des Kapitalismus, aus denen die Möglichkeit seiner Überwindung hervorgeht" notwendig sei. Auf diese Weise nimmt die *Programmatische Erklärung* eine Verknüpfung von „wissenschaftlicher Objektivität" mit politischer Enthaltsamkeit vor. Die "richtigen Argumente" sind demzufolge wichtiger als die konkreten Fragen und Widersprüche, an denen sich real-existierende Befreiungskämpfe entfachen. Hier liegt bereits eine erste Ursache für das autoritäre Moment des GSP.

Der Bestimmung des Wissens als Grundlage revolutionären Handelns liegt jedoch ihrerseits bereits eine ganz spezifische Vorstellung vom Kapitalismus zugrunde. Stets ist unterstellt, dass sich der Kapitalismus im Wesentlichen über den Interessengegensatz von Kapital und Lohnarbeit bestimmen lässt, wobei die herrschenden Institutionen (insbesondere der Staat) dem Zweck dienen, die Auspressung des Mehrwerts zu organisieren. Entsprechend wird als wesentlicher Inhalt der Agitation gegenüber "dem Arbeiter" „das Wissen über *seine* Stellung im Kapitalismus" (ebd., S. 17) definiert. An diesem vorausgesetzten Wissen über den Kapitalismus werden dann Theoriebildung und politische Praxis anderer Organisationen gemessen – um bei Nichtübereinstimmung als „falsch" markiert zu werden.

2. Um diese verbalradikale Position durchzuhalten, müssen so ziemlich alle Spezifika der bürgerlichen Gesellschaft negiert und zu überhistorischen Merkmalen menschlichen Miteinanders überhaupt umdefiniert werden. Das gilt vor allem für das rationalistische Individuum und die Praxis instrumentellen Handelns, welche diesem Denken zufolge offenbar sehr wohl eine „positive Grundlage" für den Kommunismus darstellen. Mehr dazu weiter unten.

Agitation kann nun aber nicht einfach im luftleeren Raum stattfinden, sondern bedarf konkret agitierender Subjekte. Und die Entwicklung des Kapitalismus selber bestimmt nun, so können wir lesen, die Bedingungen, unter denen der zuvor formulierte Anspruch realisiert werden kann. Die *Programmatische Erklärung* verweist daher auf eine spezifische Form kapitalistischer Arbeitsteilung als Herausforderung kommunistischer Politik:

> „Die Trennung der objektiven von den subjektiven Produktionsbedingungen und ihre Verwandlung in Kapital und Lohnarbeit löst die geistigen von den körperlichen Momenten der gesellschaftlichen Arbeit und setzt beide in Gegensatz zueinander [...] Das sich durchsetzende Kapitalverhältnis produziert einerseits die Naturwissenschaften als eigene Sphäre und trennt sie von der materiellen Produktion. [...] Andererseits entstehen vermittelt über die Aufgaben des Staates, die ihm aus der Konkurrenz erwachsen, die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (inner-wissenschaftlich erscheint dies als Auflösungsprozeß der Philosophie). Sie existieren in den vom Staat verwalteten Institutionen der Wissenschaft und Ausbildung – also ebenfalls getrennt von der materiellen Produktion. [...] Die wissenschaftliche Erkenntnis des Kapitalismus offenbart eine diesem selbst entspringende Schranke kommunistischer Politik: die Arbeiterklasse, die als objektive Negation des Kapitals dessen Aufhebung bewerkstelligen kann, ist nicht per se auch Träger des Wissens über die objektiven Bestimmungen des Kapitalismus. Das Kapital läßt Wissenschaft getrennt vom Proletariat entstehen, das doch aus ihr die Kriterien seines Handelns nehmen muß. Die Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Kapital zeigt zudem, daß die vom unmittelbaren Produktionsprozeß gesonderten geistigen Potenzen in allen Formen den Arbeitern als feindliche Macht gegenüberstehen: die Naturwissenschaften durch ihre Anwendung, die Geisteswissenschaften bereits aufgrund ihrer Affirmation der kapitalistischen Zustände." (Rote Zellen, S. 7f)[3]

3. Bodo Greiff hat, etwa zur gleichen Zeit als diese Erklärung verfasst wurde, herausgearbeitet, dass eine Erklärung der modernen Wissenschaft aus der Arbeitsteilung wesentliche Aspekte des modernen Wissenschaftspraxis nicht zu fassen vermag. (vgl. Greiff 1977, S. 46 - 56)

Durch die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit konstruieren sich die Autoren des Papiers ein Problem, um anschließend die eigene Praxis als Lösung anbieten zu können: einerseits soll (ganz traditionell) das Proletariat dazu berufen sein, die Revolution durchzuführen.[4] Dafür benötigt es jedoch das Wissen um diese Gesellschaftsformation, dessen Träger es jedoch andererseits gar nicht ist.[5] Diese Aufgabe kommt daher einer anderen Gruppe zu:

> „Träger der Wissenschaft ist eine Intelligenz, die in ihrer kapitalistischen Funktion im Gegensatz zum Proletariat steht." (S. 8) Auf diese Weise ergibt sich ein Widerspruch: einerseits hat die wissenschaftliche Intelligenz den monopolisierten Zugang zum Wissen, andererseits ist sie in ihrer gesellschaftlichen Funktion gegen das Proletariat gestellt. Deshalb, so folgert die Erklärung, könne es auch kein einfaches Bündnis zwischen Intelligenz und Proletariat geben. Statt also Kämpfe auf der Grundlage unvereinbarer Interessen zu führen, solle sich kommunistische Politik zunächst um den Erwerb des revolutionären Wissens bemühen.
>
> „Vielmehr müssen diejenigen, welche im objektiven Gegensatz zum Kapital stehen, das Wissen um diesen Gegensatz erwerben und aus ihm ihr politisches Vorgehen bestimmen. […] Es ist das Wissen um den Kapitalismus, in dem die Aufgabe der Intelligenz bei der Beförderung des proletarischen Klassenkampfs enthalten ist." (Rote Zellen, S. 8)

Hier wiederholt sich die bereits vorweggeschickte Absage an politische Bündnisse: nicht eine „Gemeinschaft der Interessen" sei die Aufgabe der Intelligenz (an die sich ganz offensichtlich auch der Text richtet), „sondern die Analyse der Bewegungsgesetze der Produktionsweise, die es dem Proletariat zu vermitteln gilt" (S. 8f.). Obwohl also die Intelligenz eine dem Proletariat entgegengesetzte objektive Stellung in der Gesellschaft hat, soll sie ihm helfen, das für die Revolution notwendige Wissen zu erlangen.[6] Oder, präziser ausgedrückt: es soll ihm

4. Ein Anspruch übrigens, der nicht hergeleitet, sondern vorausgesetzt wird.

5. Aus dem Fortgang der Argumentation könnte ebenso gefolgert werden, dass es sich beim Proletariat offensichtlich nicht um ein revolutionäres Subjekt handele. Diese Schlussfolgerung vermeidet das Papier jedoch und baut stattdessen auf diverse Hilfshypothesen.

6. Es ist keineswegs zufällig, das der GSP keinen Grund angeben kann, warum die Intellektuellen das überhaupt machen sollten. Daher bleibt im Grunde genommen einzig die moralische Anforderung, doch ein guter Mensch zu sein und sich gegen Ausbeutung zu engagieren – und das ausgerechnet bei einer Gruppe, die so vehement gegen „die Moral" agitiert.

dieses Wissen „vermitteln“. Daher müsse – wie das Papier in Anlehnung an Lenin argumentiert – „für den Revolutionär die revolutionäre Arbeit selbst zum Beruf werden“ (S.9).[7] Entsprechend müssen die so notwendig gewordenen kommunistischen Intellektuellen alle ihre geistigen Kräfte aufbieten, um den kapitalistischen Zusammenhang tatsächlich zu verstehen. „Für die an kommunistischer Politik beteiligten Intellektuellen gilt, daß sie zu allererst an sich selbst den Anspruch realisieren müssen, tatsächlich den Kapitalismus wissenschaftlich zu begreifen.“ (S. 9) Da sie als einzige den Zugang zum benötigten Wissen erlangen können und dieses Wissen als notwendige Voraussetzung zur Überwindung des Kapitalismus gedacht wird, rückt das Verhältnis von kommunistischer Organisation und Intellektuellen in das Zentrum der „Frühphase kommunistischer Politik“:[8]

> „Die gründliche Ausbildung von Intellektuellen muß, da sie Voraussetzung für richtige Politik im Proletariat ist, auch zeitlich dieser Praxis vorhergehen. Sie kann sogar temporär die zentrale Tätigkeit neben der Erarbeitung notwendiger Kenntnisse darstellen.“ (Rote Zellen, S. 9)

Einmal erlangt, gilt es sogleich diese Kenntnisse an das Proletariat weiter zu vermitteln, es zu „schulen“, wie es weiter oben hieß. Die Vorstellung einer solchen ‚Schulung' impliziert bereits den autoritären Habitus, mit dem sich der GSP über die vermeintlich dummen Massen hinwegsetzt, denen nun das notwendige Wissen von oben herab mitgeteilt werden muss. Die *Programmatische Erklärung* und mit ihr der heutige GSP denkt Bildung so als einseitige Weitergabe von Wissen, das

---

7. Diese Auffassung begründen sie interessanterweise mit einem Zirkularbrief von Marx und Engels, den diese an führende Köpfe der deutschen Sozialdemokratie verschickt hatten (vgl. MEW 34, S. 394 – 408). Marx und Engels diskutieren in diesem Brief zwei Voraussetzungen, unter denen bürgerliche Intellektuelle das Proletariat in seinem Kampf unterstützen können. Sie schreiben dort, es sei „eine im Gang der Entwicklung begründete, unvermeidliche Erscheinung, daß auch Leute aus der bisher herrschenden Klasse sich dem kämpfenden Proletariat anschließen und ihm Bildungselemente zuführen.“ Dieser Anschluss sei jedoch an zwei Voraussetzungen geknüpft: „Erstens müssen diese Leute, um der proletarischen Bewegung zu nutzen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen. […] Zweitens. Wenn solche Leute aus andern Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen.“ (MEW 34, 406) Beides, so Marx und Engels, sei aber höchst unwahrscheinlich – so dass ein Bündnis mit bürgerlichen Intellektuellen nur eine zeitlich befristete und strategische, der eigentlichen Organisationsbemühung jedoch lediglich äußerliche Angelegenheit sein könne, die ohnehin nicht sonderlich häufig vorkommen dürfte. In der Programmatischen Erklärung wird diese Passage jedoch rein affirmativ verhandelt, so als habe Marx der vom GSP verfochtenen Strategie bereits vorauseilend seinen Segen erteilt.

8. Diese hält ganz offensichtlich bis heute an.

sich die Massen einleuchten lassen müssen. Er reproduziert dabei das hierarchische Bildungsverständnis der Aufklärung (vgl. Blankertz 1982, S. 21 – 30).

Diese Annahme ist allerdings notwendig, denn nur, wenn die ArbeiterInnen den Kapitalismus wirklich verstanden haben, sind sie ja – wie bereits im Eingangszitat dargelegt – in der Lage selbigen zu überwinden.

> „[D]ie *außerhalb* des Proletariats sich vollziehende Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus als Überwindung der Schranke bürgerlicher Erkenntnis charakterisiert die Aufgabe kommunistischer Politik: Die Aufhebung des Widerspruchs, daß das Wissen über den Kapitalismus getrennt vom Proletariat existiert, kann nur darin liegen, daß es dieses Wissen und damit seine eigene Stellung zum Kapital zur Grundlage seines Handelns macht. Es muß sich das Wissen erwerben." (Rote Zellen, S. 16)

Die Vermittlung dieses Wissens kann nun nur die Aufgabe der kommunistischen Intellektuellen sein, die sich in mühsamer Lektüre alle notwendigen Erkenntnisse angeeignet haben. Da sie als solche verstanden haben, dass die Weitergabe des Wissens an das Proletariat unabdingbare Notwendigkeit ist, gibt es für sie die revolutionäre Pflicht, alles in die Waagschale zu werfen, um der ArbeiterInnenschaft die frohe Kunde zu überbringen. Und weil sie dabei ja angeblich in höherem Auftrag handeln, nämlich nur das vermitteln, was „objektiv" gegeben sei, könne auch von einer hierarchischen Beziehung nicht die Rede sein:

> „Wer als kommunistischer Intellektueller, und das heißt immer, mit dem Wissen über den Kapitalismus ausgestattet, die Vermittlung seiner Einsichten an das Proletariat vollziehen will, ist nicht herablassender ‚Pädagoge', er zieht nur die Konsequenzen aus seinen Einsichten. Daß dies kein Gängeln des Proletariats bedeutet, geht daraus hervor, daß die Arbeiter in solchem Versuch als Subjekte unterstellt sind, die der Einsicht in ihre objektive Lage [...] fähig sind, und daß sie es sind, die sich Wissen aneignen." (Rote Zellen, S. 16)

Der Argumentationstrick ist ziemlich bauernschlau: wer auf das Offensichtliche hinweist, nämlich auf den autoritären Charakter dieser „Wissensvermittlung", soll selber der Bösewicht sein, der den ArbeiterInnen den Subjektstatus abspricht. Merkwürdig nur, dass diese zur Einsicht in ihre „objektive Lage" der Intellek-

tuellen bedürfen. Was hier sichtbar wird, ist eine ziemlich vulgarisierte und unausgewiesene Fassung von Georg Lukács' metaphysischer Spekulation über die „Klasse an sich" und die „Klasse für sich".[9]

Die Bewusstwerdung des stets beschworenen Proletariats folgt hier jedoch direkt aus der Vermittlung von Wissen durch die kommunistischen Intellektuellen. Denn: „Aus der Erkenntnis der kapitalistischen Verhältnisse ergibt sich der Zweck, den es zu verwirklichen gilt: die Abschaffung dieser Gesellschaftsform." (Rote Zellen, S. 21)

An dieser Formulierung ist zweierlei interessant. Zum einen soll sich aus der Analyse der Sache ein ganz eindeutiger Zweck ergeben: sie gehört abgeschafft. Und zwar, wie gleich anschließend erläutert wird, weil sie im Widerspruch zu den Interessen weiter Teile der Bevölkerung stehe: „Als widersprüchliche erkannt, ist sie dem Veränderungswillen des Erkennenden unterworfen" (ebd.). Die Interessen der Menschen scheinen hier ebenso wie die Funktionsweise der kapitalistischen Verhältnisse unmittelbar zugängliche Fakten zu sein. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich nun für die Autoren, und das ist der zweite Aspekt, die Notwendigkeit, ihrer Verwirklichung alle persönlichen Vorlieben und Interessen unterzuordnen. Es gibt nun einen neuen Zweck, den es zu erfüllen gilt. Die Programmatische Erklärung lässt hier keine Zweifel aufkommen, dass er auch gegen den Willen der Beteiligten durchzusetzen ist:

> „Der Schritt der Realisierung verlangt von den Mitgliedern, daß sie den erkannten Zweck zu ihrem eigenen machen und in der praktischen Tätigkeit die Kriterien ihres Handelns aus dem Wissen nehmen, nicht aus ihren partikularen Zwecken. So zeichnen sich die Mitglieder komplementär zu ihrem Wissen durch Disziplin aus. Der Anspruch, den die Organisation formell an sie stellt, fällt mit dem zusammen, was sie aus ihrem Wissen sich selbst abverlangen müssen." (ebd., S. 21)

Es ergibt sich so eine Konstellation, in der die Einzelnen sich dem Ganzen unterzuordnen haben, weil es eine größere Sache gibt, die dies erfordert. Es zeigt sich hier der autoritäre Charakter dieser Organisationsvorstellung, in der die im Kapitalismus praktizierte Unterordnung der Einzelnen unter die gesellschaftliche

9. Vgl. hierzu auch Trenkle 2005

Allgemeinheit noch einmal reproduziert wird – nur diesmal als Unterordnung unter die unterstellte Allgemeinheit des Wissens. Auch hier ist die *Erklärung* eindeutig und betont die Notwendigkeit, mit der dies zu geschehen hat:

> „Der Vorwurf, eine kommunistische Organisation nehme durch ihre Forderungen das einzige Mitglied nicht als dieses einzelne ernst, nimmt implizit zurück, daß sich die Organisation auf ein Wissen gründet, in dem auch Kenntnisse über das bürgerliche Subjekt eingeschlossen sind. Formuliert die Organisation die aus diesem Wissen folgenden Konsequenzen als Forderungen, so spricht sie nur die Konsequenzen des politischen Subjekts selbst aus. Mit den Problemen, die seiner Partikularität geschuldet sind, hat es in einer Weise umzugehen, die sie als bloße Voraussetzung in der Realisierung des gewußten Zwecks gelten läßt. Rücksichtnahme kann in einer kommunistischen Organisation nicht darin bestehen, die bürgerliche Partikularität zum Inhalt ihrer Tätigkeit zu machen, sondern nur darin, daß dem einzelnen durch Argumente, die aus dem gemeinsamen Wissen geschöpft sind, die Notwendigkeit einsichtig gemacht wird, die Anforderungen für sich durchzusetzen.“ (ebd., S. 21f.)[10]

Nun sind sich auch die Verfasser der Programmatischen Erklärung darüber bewusst gewesen, dass die Entscheidung, sich mit der Agitation zunächst auf Mitglieder wissenschaftlicher Institutionen zu beziehen, möglicherweise für eine Organisation, die sich zumindest dem Namen nach auf den *Arbeiterkampf* beruft, etwas merkwürdig erscheinen könnte. Daher haben sie die Zusammensetzung der kommunistischen Intelligenz und die strategische Schwerpunktsetzung gesondert begründet:

> „Für die Arbeit an der revolutionären Theorie, die gegenwärtig in der Arbeitskonferenz geleistet wird, wie für die Vermittlung des wissenschaftlichen Sozialismus an das Proletariat bedarf es einer möglichst großen Anzahl ausgebildeter Individuen. Prinzipiell lassen sich diese aus allen Teilen der Gesellschaft rekrutieren — sind doch alle ihre Mitglieder Menschen, die tagtäglich ihren Verstand gebrauchen. Wissenschaftlicher Sozialismus ist aber nicht einfach die Tätigkeit des ‚gesunden Menschenverstandes', er ist zunächst einmal *Wissenschaft* (dieses Wissen hat den Zweck des Handelns

10. Vgl. hierzu auch die kritischen Bemerkungen bei Trenkle 2005

> kommunistischer Politik zu bestimmen). Wir richten deshalb unsere Agitation auf Individuen, deren spezifische Stellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Voraussetzungen enthält, an der wissenschaftlichen Erarbeitung der revolutionären Theorie mitzuwirken.“ (Rote Zellen, S. 23)

Während das Proletariat so zwar als die gesellschaftliche Klasse bestimmt ist, die die kapitalistischen Verhältnisse umzuwerfen hat, sind für die Autoren die an den Hochschulen zu rekrutierenden kommunistischen Intelluellen „temporär“ relevanter als Zielgruppe für die kommunistische Agitation. Obwohl diese objektiv gegen die ArbeiterInnen stünden, brächten nur sie die notwendigen Mittel mit, relevante Positionen innerhalb der kommunistischen Bewegungen einzunehmen:

> „Träger dieser Wissenschaft ist die Intelligenz, die in ihrer von der materiellen Produktion getrennten gesellschaftlichen Tätigkeit den kapitalistischen Zweck erfüllt und im Gegensatz zum Proletariat steht. Dennoch bringt sie ***Voraussetzungen*** mit, aufgrund derer sie relevante Funktionen für kommunistische Politik erfüllen kann. Deshalb agitieren wir Intellektuelle.“ (Rote Zellen, S. 23)[11]

Damit ergibt sich für diese Intellektuellen nun jedoch eine zwiespältige Situation. Einerseits sind sie aufgefordert, revolutionäre Theorie zu machen. Andererseits besteht ihr gesellschaftlicher Auftrag jedoch darin, im Interesse des Kapitals zu agieren. Und da die wissenschaftliche Qualifikation „zugleich das Mittel [ist], mit dem sich Individuen reproduzieren“ (S. 23), sei der „Freiraum zur beliebigen Umfunktionierung der betreffenden Tätigkeiten in antikapitalistische Praxis“ (S. 23) nur sehr begrenzt. „Versucht ein Individuum *in* seinem Beruf dessen Funktion zu negieren, läuft es folgerichtig Gefahr, seine Reproduktionsbasis zu verlieren“ (S. 24) Daher

> „geht die Frage nach der notwendigen Agitation von Intellektuellen für die anstehenden Aufgaben der kommunistischen Bewegung nicht davon aus, Berufsperspektive und kommunistische Politik verbinden zu wollen (oder mit

11. Es drängt sich hier der Eindruck auf, als habe der am Anfang des Zitat stehende Hinweis, es könnten „prinzipiell [aus] allen Teilen der Gesellschaft“ Menschen in den Stand des kommunistischen Theoretikers aufsteigen, eher legitimatorischen Charakter, wenn es am Ende doch nur „Intellektuelle“ agiert werden sollen.

> Bündnistheorien bzw. mit dem Hinweis auf die allgemeine Form der Lohnarbeit Politik in allen Überbaubereichen zu legitimieren), weiß man vielmehr, daß Kommunist-Sein und kapitalistischer Beruf nicht zu vereinbaren sind“ (Rote Zellen, S. 24f.)

Im Zweifel heißt es also: Kopf einziehen und mitmachen. Als „kommunistischer Intellektueller“ brauche ich mich gar nicht erst bemühen, meine eigene Tätigkeit kritisch zu hinterfragen und mich im Rahmen ihrer Ausübung gegen bestehende Zwänge, Herrschaftsmechanismen und Diskriminierungen aufzulehnen, sondern kann genau so funktionieren, wie es der Systemlogik entspricht. Mein „Kommunist-Sein“ ist vollkommen davon abgespalten.[12]

Als zentrales Interventionsfeld bestimmt die Programmatische Erklärung daher auch weniger die wissenschaftliche Berufsausbildung als solche, sondern vielmehr die bewusst-organisierte Agitation in der Hochschule als öffentlichem Raum. Das Papier diskutiert daher deren Notwendigkeit und die Möglichkeiten, über gezielte Interventionen in die hochschulpolitische Öffentlichkeit ein Bewusstsein für kommunistische Praxis[13] zu wecken.

> „Agitation am Inhalt der Naturwissenschaften greift die in dieser Wissenschaft existierenden Verweise auf die kapitalistische Gesellschaft auf; Agitation am Inhalt bürgerlicher Geistes- und Gesellschaftswissenschaften führt über den fehlerhaften Charakter dieser Wissenschaft auf kapitalistische Gesellschaft als dessen Ursprung“ (Rote Zellen, S. 26f.)

Auf diese Weise bestimmt die *Programmatische Erklärung* die Inhalte bürgerlicher Wissenschaft zum zentralen Gegenstand der Auseinandersetzung. Und tatsächlich referieren VertreterInnen des GSP noch heute vornehmlich zu wissenschaftskritischen Fragestellungen: zur Kritik der Soziologie, der Philosophie, der Geschichte oder ähnlichem. Auch andere gesellschaftskritische Positionen wie die *Kritische Theorie* sind oftmals Gegenstand agitatorischer Kritik. Im Folgenden soll daher

12. Das ist auch ein Grund dafür, dass die frühere MG und der heutige GSP so viele UnterstützerInnen in zum Teil sehr hochdotierten Berufen hat, die dort allenfalls durch ausgeprägten Zynismus auffallen und deren „Kommunist-Sein“ darin besteht, regelmäßig die abonnierten Schriften zu lesen, in denen das steht, was sie schon vor Jahrzehnten auswendig gelernt haben, und dafür regelmäßig einen nicht unerheblichen Obolus in den Klingelbeutel werfen.

13. Was „temporär“, also jetzt, ganz schlicht bedeutet, weitere kommunistische Intellektuelle zu agitieren.

gezeigt werden, dass die vom GSP vorgetragene Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft nicht nur viel zu kurz greift, sondern in vieler Hinsicht sogar hinter deren Erkenntnisse und erkenntnistheoretische Einsichten zurückfällt.[14] Dabei soll auch gefragt werden, inwieweit die geäußerte Kritik bereits eine Verteidigung des eigenen autoritären Organisationskonzeptes beinhaltet.

14. Bereits die Verwendung des Begriffes Agitation (vom lateinischen agitare:,aufwiegeln') macht deutlich, das es hier nicht um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung um das bessere Argument, sondern um eine politisch-strategische Intervention geht, bei der das Ergebnis schon im Vorhinein feststeht.

3. Playing Dumb

„Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen." (Karl Held)

Ein zentrales Feld der agitatorischen Bemühungen des GSP ist die Kritik der Philosophie. Gegen diese wird vor allem eingewandt, dass sie nicht die Auseinandersetzung mit konkreten Dingen und deren Zwecken führe, sondern sich in einem allgemeinen Lamentieren über die Möglichkeit von Erkenntnis überhaupt ergehe – und zwar jenseits aller konkreten Erkenntnisgegenstände. So etwa, sehr rustikal-pointiert, Peter Decker bei einer Veranstaltungsreihe der Sozialistischen Gruppe (SG) aus Erlangen:

> „Prüfen, was der Verstand zu leisten vermag. […] Das ist das, das man sich Wissenschaft nicht mehr als etwas Praktisches nimmt im Sinn von: ‚Ja, wenn ich Zweifel an dieser Theorie habe, wenn ich Zweifel an jener Erklärung habe, dann muss ich mich halt mit der befassen.' Sondern: Ich befasse mich mit der Leistungsfähigkeit des Verstandes überhaupt. Wenn ich da anfange, da kommt nie mehr was Richtiges raus." (Decker 2013, 1:10:50)

Erkenntnistheoretische Fragen zu stellen, sei also falsch, da eine Diskussion darüber, ob Erkenntnis möglich sei, sich selber ad absurdum führe. ‚Erkenntnis' gilt ihm dabei stets als die Fähigkeit des Subjekts, denken zu können – und wenn dieses Subjekt darüber nachdenke, ob es denken könne, dann sei damit dessen Denkfähigkeit ja bereits bewiesen. Es handele sich dabei also um ein leicht zu enttarnendes Manöver, um die Kritik an bestimmten Auffassungen zu desavouieren, indem statt über die Dinge lediglich über die allgemeine Möglichkeit spekuliert werde, überhaupt irgendetwas zu erkennen:

> „Da streiten sich also welche darüber, ob und warum Herrschaft berechtigt, ob die Seele unsterblich und ob der Wille frei oder determiniert sei – und dann mischt sich Kant ein mit dem herrlichen Vorschlag: ‚Untersuchen wir das Erkenntnisvermögen, ob das überhaupt im Stande ist, eure zweifelsohne bedeutsamen Fragen zu beantworten.' Fragen nach der Möglichkeit von Debatten, die längst im Gang sind und in denen bekannte und sprachlich mit Namen ausgestattete Gegenstände (richtige oder falsche) Bestimmungen bekommen, solche Fragen zielen auf die Beendigung der Debatten ohne Lösung

> ihrer strittigen Fragen. Allerdings in eindeutiger Absicht: Die Diagnose, daß der Streit nicht auflösbar ist, soll nicht auf den Streitgegenstand und die Fragestellung zurückfallen. Umgekehrt: Wer zur Vernunftkritik schreitet, der lastet die Widersprüche, in denen sich die Debatte herumtreibt, der Vernunft an und entzieht so den Inhalt der Debatte der Kritik.“ (Gegenstandpunkt 2004)

Der GSP kritisiert auf diese Weise die Erkenntnistheorie etwa von Kant, reflektiert aber die eigene Position, die vom Primat des Wissens ausgeht, nicht einmal im Ansatz. Offenbar halten Decker und Co. ihre rationalistische Absolutsetzung „des Wissens“ für so selbstevident, dass sie keiner erkenntnistheoretischen Begründung bedarf. Es ist für den GSP sonnenklar, „daß Erkenntnis den Zweck hat, herauszufinden, was ihr Gegenstand in seiner Eigenart ist.“ (Gegenstandpunkt 2004b) Den Gegenstand der Erkenntnis stellt er sich dabei als etwas vor, das objektiv erkennbare Merkmale hat, die zu bestimmen keinerlei Voraussetzungen bedarf, als eben die dafür zuständigen menschlichen Organe zu benutzen. Diese Position hat der GSP seinerseits nun nicht gepachtet, sie findet sich vielmehr sowohl in der bürgerlich-positivistischen als auch in der marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie. Im Unterschied zu diesen scheint es dem GSP aber nicht einmal bewusst zu sein, das es sich dabei um eine erkenntnistheoretische Position handelt. Es bleibt daher festzuhalten, dass die eben zitierte und nur vermeintliche Selbstverständlichkeit eine Eindeutigkeit vortäuscht, die es so nicht gibt. Ein solches Zitat „führt plastisch vor Augen, wie die naiv-realistische Erkenntnistheorie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Erkenntnis wegabstrahiert“ (Greiff 1977, S. 15). Entsprechend setzt der GSP diese Form der Erkenntnis als selbstverständlich und behandelt damit den Menschen der modernen kapitalistischen Epoche als ‚Menschen überhaupt’.

Ausgeklammert bleibt dabei, wieso Menschen die vorausgesetzten Prämissen naturwissenschaftlicher Welterkenntnis überhaupt als akzeptable Erklärungen anerkennen. Ein Beispiel mag dies deutlich machen:

> „Jedoch die Wirkungen, die eine natürliche Erscheinung A auf zwei natürliche Subjekte B und C ausübt, sind nicht identisch, sondern verschieden, und die auf den natürlichen Wirkungen basierenden Urteile sind es auch. Der eine empfindet die Temperatur im Zimmer als warm, der andere als kalt.

> Wenn die menschliche Erkenntnis in ihrer allgemeinsten Bedeutung eine Wirkung der Natur auf die Menschennatur darstellt, wie erklären sich dann die unterschiedlichen Wirkungen, die durch gleiche Naturerscheinungen in verschiedenen Menschen hervorgerufen werden? [...] Identische Wirkungen setzen identische Bedingungen voraus; die empfindenden und urteilenden Menschen aber sind nicht identisch. [...] Daraus folgt: Wissenschaft muss ein Verfahren zur Hand haben, mit dessen Hilfe von der Besonderheit der urteilenden Subjekte abstrahiert werden kann." (Greiff 1977, S. 11)

Eine rein individuell-empirische Beobachtung der Dinge kann somit zu keinerlei wissenschaftlichem Urteil kommen – eben weil es ihr an gesellschaftlicher Verallgemeinerung fehlt. Es braucht eine Verallgemeinerung, die dann aber die Ebene reiner Beobachtung verlässt und ihrerseits auf notwendigen Vorannahmen beruht. Um eben dieses Problem geht es in der erkenntnistheoretischen Debatte, wie sie etwa in der Kritischen Theorie geführt wird – und nicht um die von Decker fälschlich unterstellte Diskussion darum, ob sich überhaupt über die Welt diskutieren ließe. Dementsprechend kann der GSP mit Horkheimers Diktum, Philosophie habe die stete Aufgabe, das Bestehende zu kritisieren nicht das Mindeste anfangen.[15] Hier wendet Decker ein:

> „Kritik ist vernünftigerweise das Ergebnis von Einsicht in irgendein Verhältnis. Dass das Denken sich dem Auftrag der Kritik verpflichten sollte oder müsste - das hängt doch schon sehr davon ab, womit man es zu tun hat. Den Tod – soll man den Tod kritisieren? Dem man sowieso nicht ausweichen kann? Tja, was man nicht ändern kann, soll man auch nicht kritisieren. Soll man ein kaltes Bier kritisieren? Ja, entweder es schmeckt schlecht, dann ist etwas dagegen einzuwenden oder es ist nichts dagegen einzuwenden, dann soll man das nicht kritisieren. Kritik als Haltung des Denkers ist etwas ganz Unvernünftiges. Es nimmt nämlich der Kritik die Spitze, die darin besteht: weil ich die Sache durchschaut habe, lehne ich sie ab." (Decker 2005)[16]

---

15. Peter Decker bezieht sich hier auf das folgende Zitat: „Die wahre gesellschaftliche Funktion der Philosophie liegt in der Kritik des Bestehenden." Siehe etwa hier: http://www.zeit.de/1978/35/max-horkheimer-kritik-des-bestehens

16 Gegen dieses Zitat wie gegen viele weitere noch folgende ist oftmals eingewandt worden, dass der GSP den besprochenen Gegenstand (hier: die Kritische Theorie) nicht rezipiert hätte. Diese Annahme unterstellt jedoch, es ginge dem Referenten tatsächlich um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung. Das Ziel dieser Vorträge ist jedoch nicht ein wissenschaftlicher Disput, sondern die „Kritik bürgerlicher Wissenschaft" zum Zwecke der Agitation, von einem immer schon vorausgesetzten Stadtpunkt, der als solcher nicht zur Debatte steht. Es geht also um eine ganz formale Angelegenheit, die sich gar nicht auf die je konkrete Theorie mit ihren je konkreten Inhalten bezieht. Der GSP wiederholt so praktisch die unwissenschaftliche Haltung, die er an den jeweiligen bürgerlichen Theorien zu kritisieren vorgibt.

Decker fordert uns hier zu einem bemerkenswerten Gedankenexperiment auf: der Kern seiner Argumentation besteht darin, dass Kritik sich an ihrem Gegenstand orientieren solle. Er tut dies jedoch, indem er den in der Kritischen Theorie behandelten Gegenstand faktisch ausblendet. Während diese die sozialen Vermittlungsformen im Kapitalismus thematisiert (und genau darauf mit dem zitierten abzielt), redet Decker über kaltes Bier. Auch hier wiederum erweist sich seine vorgebliche Kritik als plumper Stammtisch-Positivismus, der alle Dinge über einen Kamm schert: er postuliert eine Methode, die sowohl für die Betrachtung von kaltem Bier als auch für die Betrachtung der kapitalistischen Gesellschaft adäquat sein soll.

Eine solche Vorgehensweise passt freilich durchaus zum Inhalt dieser „Kritik", der es immer nur darum geht, die Zwecke von Dingen oder die Interessen von Menschen zu fokussieren. Deckers Einwand gegen Horkheimer offenbart so das Grundmuster der GSP-Methode[17]. Diese bricht, ausgehend von einer naiven Abbildtheorie, alle Erkenntnisprozesse auf die Ebene des gesunden Menschenverstandes herunter und entsorgt auf diese Weise mit den erkenntnistheoretischen Fragestellungen der Kritischen Theorie auch jede darauf aufbauende Auseinandersetzung mit der Formproblematik des Kapitalismus.

Daher ist auch eine Beschäftigung mit dem Verhältnis von Subjekt und Objekt, jenseits der simplifizierenden Frage nach den konkretistischen *Interessen* von Individuen und den instrumentellen *Zwecken* von Objekten, für Decker ganz und gar unangemessen. Entsprechend kritisiert er genau dies an der Kritischen Theorie:

17. Dass es sich hierbei um ein methodisches Grundmuster handelt, drückt sich auch darin aus, dass Peter Decker in seiner Doktorarbeit ebenfalls diesen Punkt thematisiert: „Damit aber wird Kritik zu einer Frage der Haltung - und das ist merkwürdig. Wie schon aufgezeigt, ist Kritik Resultat der Wissenschaft, nicht eine Haltung in ihr. Während die Naturwissenschaft weder kritisch noch affirmativ ist, weil dieser Gegensatz für sie überhaupt unpassend ist, die instrumentelle Geisteswissenschaft dagegen affirmativ, weil sie per se für das Objekt ihrer Untersuchung Partei ergreift und den Nutzen desselben erfindet, während schließlich richtige Wissenschaft von den gesellschaftlichen Gegenständen als solche ebenfalls weder kritisch noch affirmativ ist, sondern eben die Zwecke ihrer Gegenstände erforscht und damit - je nach Sache - wirklich alles Nötige über sie sagt, sieht Adorno gerade in der Wissenschaftlichkeit den affirmativen Charakter und empfiehlt eine Befreiung von demselben. […] Indem Kritik so von einem Resultat der Theorie zu ihrer Qualität gemacht wird, befreit sie Adorno von ihrem Grund in der Sache; sie wird prinzipiell - und damit grundlos. Wer aus Prinzip kritisiert, hat keinen Grund am einzelnen Objekt und untergräbt sich gerade mit seiner Sicherheit, die sich von nichts beeindrucken lässt, das Argument der Kritik. Kritik setzt sich ins Unrecht, indem sie zur Haltung wird." (Decker 1982, S. 74f.)

> „Aber die Aufklärung geht so weit, dass auch Menschen benutzt werden. Und das ist dann endgültig furchtbar. Und auch da muss ich noch mal einen Einspruch erheben. Nein, abwarten. Dass einer oder eine den andern als Mittel des eigenen Interesses benutzt, ist für sich keine Schande. Das hängt bisschen am Inhalt des Interesses.
> Die Frankfurter Schule war schwer aktiv mit der Formel vom Sexualobjekt. Immer mit dem Gedanken, da würde der anderen Seite unrecht geschehen. Ja, die Frau als Sexualobjekt. Ja, wenn die Frau das Verhältnis gar nicht will, dann liegt Gewalt vor. Und das ist wohl schlecht. Aber ansonsten? Die sind sich wechselseitig Sexualobjekt. Die sind Gegenstand der Befriedigung ihrer sexuellen Wünsche. Die sind sich wechselseitig Objekt, das ist gar keine Frage.“ (Decker 2005. 0:00:31)

Subjekt und Objekt seien vielmehr „ganz dürftige philosophische Kategorien“ – und die würden hier zu einem „Sündenverhältnis“ gemacht. Das „dürftige“ bezieht sich dabei ganz offensichtlich auf die Abstraktheit der Überlegungen, die von dem eigenen konkretistischen Standpunkt abweichen und daher nur schwer in das simple binäre Schema von gut und schlecht (= kaltes Bier und warmes Bier) eingepasst werden können. Darüber hinaus wird durch die Perspektive der Kritischen Theorie eine politische Praxis fragwürdig, in der die Einzelnen unter ein großes Ganzes subsumiert werden. Da jedoch genau diese Unterordnung das Organisationsprinzip von Roten Zellen, Marxistischer Gruppe und Gegenstandpunkt ist (die Individuen haben sich unter das Wissen, zu dem die Organisation den Zugang besitzt, unterzuordnen), muss die Kritik an genau dieser Stelle ansetzen. Eine über die Ebene des Interessenstandpunkts innerhalb vorgegebener Formbestimmungen hinausgehende Gesellschaftskritik, die etwa leninistische Organisationsbemühungen als bürgerlich demaskieren könnte, muss schon im eigenen Interesse abgewehrt werden: sie widerspricht dem Charakter und Zweck der Organisation.

Decker nimmt dabei von vornherein ein instrumentelles Verhältnis zur Wirklichkeit als selbstverständlich an. Er betrachtet die Welt vom Standpunkt des vereinzelten Einzelnen, der seine Umwelt als ihm zur Verfügung stehende Objektivität ansieht. Bereits darin drückt sich sein unkritisches und affirmatives Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft aus. Decker (und mit ihm der gesamte

GSP) bezieht einen utilitaristischen Standpunkt, der jede Welterfahrung in bloße Zweck-Mittel-Beziehungen auflöst. So kann nicht mehr unterschieden werden zwischen Gesellschaften, in denen Subjekt-Objekt-Verhältnisse herrschen und solchen, in denen die Menschen auf andere Weise miteinander verkehren. Dass es keinesfalls selbstverständlich ist, dass Menschen sich vergesellschaften, indem sie sich wechselseitig zum Objekt machen, also als Sache behandeln, sondern es sich dabei um ein spezifisches Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft handelt, bleibt für Decker ein Buch mit sieben Siegeln und löst allenfalls Achselzucken aus.[18]

Er nimmt derweil den Standpunkt des „gesunden Menschenverstandes“ ein, von dem die Roten Zellen in der *Programmatischen Erklärung* noch behauptet hatten, er sei gerade nicht der Ausgangspunkt des „wissenschaftlichen Sozialismus“. Dieser Standpunkt aber kann nicht hinterfragt werden, weil er stets schon als selbstverständlich vorausgesetzt wird und so die Form eines zirkulären Beweises erhält. Verlangt wird immer nur, aus der vorausgesetzten Wirkmächtigkeit von Zwecken und Interessen als „letztem Grund“ auf die Ursache allen sozialen Seins in Zweck und Interesse zu schließen. Von diesem Zirkelschluss aus werden dann andere Theorien vorgeführt und es kommt zu dem wenig überraschenden Urteil, dass diese erstens nicht mit der Position des GSP übereinstimmen und deshalb zweitens falsch, unwissenschaftlich und metaphysisch, überhaupt Methoden ohne Inhalt und zudem (falls es sich um eine linke Position handelt, die kritisiert wird) zutiefst bürgerlich seien. Dass der eigene theoretische Standpunkt in dieser Hinsicht ein einziger blinder Fleck ist, wird selbstredend nicht einmal erahnt.

18. „Bei der Verselbständigung des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu einer den Individuen fremd gegenübertretenden Macht handelt es sich um kein positives, analytisch einfach vorauszusetzendes Faktum; vielmehr stellen die Menschen diese Trennung in ihrem Handeln und Denken jeden Tag aktiv neu her. Verobjektivierte Herrschaft existiert nur an ihnen, nämlich als permanente Selbstgleichschaltungspraxis und fällt mit der beständigen Durchsetzung und Erneuerung der diese Gesellschaft tragenden Denk- und Handlungsform in eins: der Subjektform..[…] Die Warenmonade verzaubert die Gesellschaft zu einer fremden, mit Eigenleben begabten Macht, indem sie sich als ein in ihrem Kern vom gesellschaftlichen Zusammenhang unberührtes Wesen solipsistisch verhält. Genau für diese Sorte gesellschaftlicher Praxis aber steht die Subjektform. An ihr, dem Realphantasma des mit sich identischen, dem gesellschaftlichen Zusammenhang äußerlich gegenüberstehenden Aktors, hat die Herrschaft des Werts ihr Pendant, ihre Realisationsform und ihre Voraussetzung“ (Lohoff 2005, S. 18). Vgl. auch die weiteren Ausführungen in diesem Text sowie in Lohoff 2006.

4. Erkenntnistheorie für Dummies

„Keine Methode zu haben heißt nur, eine zu haben, ohne es zu merken“ (Rosa Luxemburg)

Ausgangspunkt der Theoriebildung des GSP ist das Interessensubjekt, das sich vermeintlich objektives Wissen über die Welt erwirbt. In dieser Vorstellung spiegelt sich der Abbild-Charakter der zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Position. So wie in dieser Vorstellung von Wissenschaft der Mensch die ihn umgebenden Dinge einfach erkennt, so liegen für den GSP auch die Interessen der Menschen ganz offensichtlich zu Tage und können daher als Ausgangspunkt der Theorie gesetzt werden. Dabei lehnt sich der GSP unausgesprochen an das in der bürgerlichen Ökonomietheorie gängige Menschenbild vom homo oeconomicus an.

> „Der Mensch wird in der Ökonomik als *frei und selbständig* angesehen. Er ist frei von Sozialisations- und anderen sozialen Zwängen. Diese Vorstellung von einem freien Individuum entstammt der Aufklärung, die ein Menschenbild von selbstbestimmten Akteuren propagierte. Die Individuen sollten sich aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien und die traditionellen Regeln nicht mehr als fraglos gegeben hinnehmen. Sie sollten vielmehr ihre Freiheit nutzen, um auf systematische Art und Weise auf die Veränderungen der Umwelt zu reagieren. Sozialisationseffekte fehlen in der ökonomischen Theorie, weil sie traditionelle Regeln internalisieren und somit eine systematische Anpassung an die Umwelt verhindern.“ (Etzrodt 2003, S. 13)

Zentrale Aspekte der bürgerlichen Mikroökonomik bzw. der Rational Choice Theorie tauchen implizit, wenn auch nur selten explizit formuliert, in der Interessen-Soziologie des GSP auf. So etwa die Annahme eines stets rationalen Handelns oder die Unterstellung stabiler Präferenzen (vgl. Etzrodt 2003, S. 14f.). Daher wird der Einfluss der Sozialisation auf das Denken und Handeln von Menschen verworfen, denn dieser würde ja ein Handeln im Sinne der Theorie verhindern. Beim GSP geht es dabei um das Erkennen der eigenen Interessen und die Befürwortung einer kollektiven revolutionären Umwälzung, in der Rational

Choice-Theorie um die objektive und vorurteilsfreie Wahl individueller Präferenzen, das Vorgehen ist jedoch identisch.

Der GSP ist insofern konsequent, als dass er diese Konzeption nicht nur auf ökonomietheoretische, sondern ganz allgemein auf jedwede menschliche Erkenntnismöglichkeit anwendet. Entsprechend gelten ihm die Naturwissenschaften „als eine auf Objektivität zielende Tätigkeit: Erkenntnis. […] Das Resultat der Naturerkenntnis besteht in Gesetzen." (Marxistische Gruppe 1973, S. 1 ff.) Nun ist diese Definition ist nicht ganz falsch, wenn wir uns auf die Erkenntnisform der modernen Naturwissenschaft beschränken, doch auch sie steht schon im Widerspruch zu der bisher geäußerten Vermutung, die Welt ließe sich auf dem Wege einfacher, sinnlicher Anschauung erfahren. Entgegen dieser Grundannahme verweist der GSP in seiner Theoretisierung der Naturwissenschaften zu Recht darauf, dass Naturwissenschaften ihren Ausgangspunkt nicht in der Empirie, sondern im Postulat von Gesetzen nehmen. Dabei lässt er jedoch die historische Spezifik dieser Vorstellung unter den Tisch fallen. Denn vor der historischen Durchsetzung der modernen Naturwissenschaften wurden Naturerkenntnisse zumeist nicht in Gesetzesform aufgestellt. Das Besondere an der Gesetzesform der Naturerkenntnis ist ihr universeller Anspruch, wie er sich etwa in der Grundannahme ausdrückt, dass alle Dinge der gleichen Schwerkraft unterliegen. In anderen Gesellschaften ging man dagegen von der unmittelbaren Erfahrung aus, dass alle Dinge unterschiedlich schnell fallen und führte das in der einen oder anderen Weise auf die Eigenschaften der je individuellen Gegenstände oder den Kontext, in dem sie sich befanden, zurück. Erst mit der Moderne kam die Vorstellung auf, dass Zeit und Raum homogen sind und alle Dinge sich darin gleich verhalten.

> „Die mathematische Naturwissenschaft beruht auf der Grundannahme, dass es universell gültige, d.h. von Ort und Zeit unabhängige Naturgesetze gebe. Diese Annahme lässt sich durch einfache Beobachtung nicht belegen, die Wirklichkeit erscheint eher ungeordnet und unregelmäßig. Die aristotelische Wissenschaft meinte, dass die himmlischen Sphären ganz anderen Gesetzen folgen als die sublunare, sofern sie denn überhaupt von ‚Gesetzen' in unserem Sinne gesprochen hat, denn die Vorstellung universeller Naturgesetze setzt

> einen objektiven Begriff der linearen und beliebig teilbaren Zeit und einen Begriff des Raumes als homogen und nicht etwa in Sphären aufgeteilt voraus.
> Die nächste Annahme lautet, dass sich die Naturgesetze mathematisch beschreiben lassen. Sie liegt dem für die Naturwissenschaften zentralen Begriff der Messung zugrunde. Denn die Idee, den Naturgesetzen auf dem Wege der Messung nachspüren zu können, wäre ansonsten ziemlich sinnlos.
> Die ungeordnete und vielfältige Wirklichkeit lässt sich nicht messen. Daher wird denn auch anders vorgegangen, wie aus allen Schriften etwa Galileis und Newtons deutlich wird. Am Beginn steht ein Gedankenexperiment, also die Formulierung von Idealbedingungen (was wäre, wenn ...), aus denen auf mathematischem Wege Schlussfolgerungen gezogen werden können." (Ortlieb 1998, S. 29).

Die Annahme allgemein gültiger Naturgesetze und die damit verbundene Vorstellung von Raum und Zeit ist WissenschaftlerInnen in vormodernen Gesellschaften weitestgehend fremd und bildet die Voraussetzung für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess in der kapitalistischen Moderne. Erst unter diesen Vorannahmen, lassen sich etwa Experimente auf die Weise interpretieren, wie wir das heute gewohnt sind. Der GSP allerdings schert sich keine Minute um diese Besonderheit, sondern setzt sie als Selbstverständlichkeit[19] voraus:

> „Wenn Physiker Gleichungen hinschreiben, ohne vorher zu klären, was z.B. Raum und Zeit sind, so ist dies kein Versäumnis, sondern die Erklärung eines Gegenstands, dessen Bestimmtheit in der quantitativen Beziehung liegt" (Marxistische Gruppe 1973, S. 4f.).

Diese quantitativen Dimensionen, innerhalb derer sich die Dinge in Zeit und Raum einordnen, gelten dann als objektive Realität, deren Erkenntnis nichts mit gesellschaftlichen Denkformen (wie etwa der Vorstellung einer gleichförmig-abstrakten Zeit oder eines homogenen Raumes) zu tun haben soll. Sie seien daher auch

19. Die affirmative Haltung zu den Naturwissenschaften drückt sich auch in der Beurteilung der Proteste gegen Atomenergie aus. Atomenergie nämlich sei nichts weiter als „die Anwendung der modernen Naturwissenschaft" und die mit ihr verbundenen Gefahren kämen einzig daher, dass den „Agenten von Staat und Kapital" nicht an der Sicherheit der Bevölkerung gelegen sei. Der Protest gegen Atomkraft erscheint ihnen auf diese Weise als Affirmation von Staatshandeln (Marxistische Gruppe 1977). Zum grundsätzlichen Verfahren derartiger Kritik vgl. auch das folgende Kapitel.

„nicht als ‚bloß mathematische' [Bestimmungen] zu denunzieren“ (Marxistische Gruppe 1973). Überlegungen, die auf die Qualität bzw. die Form der Erkenntnis abzielen und nicht lediglich die quantitativen Relationen des Erkenntnisinhaltes thematisieren, wären der vom GSP propagierten Form „bewusstloser Objektivität“ (Ortlieb) unangemessen:

> „Verfehlt sind auch alle Versuche, den Erkenntnischarakter der Naturwissenschaften ‚historisch-materialistisch' zu bestimmen durch Rekurs auf die Bildung ihrer Begriffe. Eine solche Untersuchung behauptet von vorneherein die Erkenntnis als etwas Subjektives, historisch Relatives und kann deshalb die Wissenschaft als kapitalistisch kritisieren, ohne sich überhaupt auf sie einzulassen […]. Verfehlt sind an dieser Stelle Verweise auf abstrakt logische Zusammenhänge wie Qualität-Quantität, die in der Natur wie überall ihre Gültigkeit haben […]. Der Verweis auf Qualität als Voraussetzung der quantitativen Beziehung tritt deshalb stets auf als Rückfall hinter die im Gesetz erkannte Bestimmtheit“ (Marxistische Gruppe 1973, S. 4f.)

Kritisiert wird an der Wissenschaftskritik, wie sie aus der Tradition der Kritischen Theorie entstanden ist, dass sie durch die Rückführung der wissenschaftlichen Erkenntnis auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und Denkformen eine Relativierung bewirke: wenn die Erkenntnis nicht in dem Sinne „objektiv“ ist, dass sie jenseits aller gesellschaftlicher Bestimmung als „wahr“ gelten kann – dann stößt das in der Programmatischen Erklärung formulierte Agitationskonzept an seine Grenzen. Der GSP verwechselt dabei die historische Spezifik von Denkformen mit einem wissenschaftstheoretischen Pluralismus, der verschiedene Erkenntnisse nebeneinander stehen lassen will. Er lobt die Naturwissenschaften im Gegensatz dafür, dass sie sich auf solchen Relativismus nicht einlassen würden: „Die Naturwissenschaften lassen Widersprüche, die in ihrem Erkenntnisprozeß auftreten, nicht unaufgelöst stehen und dulden keine konkurrierenden Theorien“ (ebd., S. 2). Eben dies soll, ja muss auch in den Sozialwissenschaften gelten, wenn das richtige Argument zur Waffe im Klassenkampf werden soll. Daher wird konsequenterweise jeder Rekurs auf die Formproblematik der kapitalistischen Gesellschaft abgelehnt. Offensichtlich befürchtet der GSP, dass eine Thematisierung der besonderen Form von Erkenntnis im Kapitalismus (aber auch der besonderen Form von Reichtum, Individualität oder herrschender Gewalt) die konkrete

Auseinandersetzung mit dem Gegenstand hintergehen und so einen „Rückfall“ hinter bereits erheischte Erkenntnis darstellen könne. Diese Furcht ergibt sich aber nicht aus einer präzisen Bestimmung der Zusammenhänge, sondern aus der Verwechslung von Wissenschaftspluralismus und einer Theorie historischer Denkformen.

Die oben zitierten „quantitativen Relationen“, in denen die Dinge zueinander stehen, verweisen denn auch auf die zentrale Differenz von Natur- und Gesellschaftswissenschaften innerhalb der Konstruktion des GSP. Die von der Naturwissenschaft beobachteten und in gesetzmäßiger Erkenntnis festgehaltenen Dinge haben ihren Zweck darin, eine bestimmte Funktion für die menschliche Gesellschaft auszuüben. Daher sei die Beschäftigung mit Menschen auch nicht Gegenstand der Naturwissenschaften (vgl. Marxistische Gruppe 1973, S. 4), da diese ihre Zwecke mittels „abstrakt freien Willens“ ja gerade selber setzten (vgl. Gegenstandpunkt 2001, S. 13 ff.).[20] Allerdings nähmen diese Zwecke in der Gesellschaftswissenschaft den Status ein, den die Gesetze in den Naturwissenschaften haben: „Zwecke sind die Gesetze der gesellschaftlichen Phänomene“ (Decker 1982, S. 71). Sie werden also genauso vorausgesetzt wie die „Naturgesetze“, nur dass sie aus den als objektiv gesetzten Interessen abgeleitet werden. Der postulierte „freie Wille“ ist in Wahrheit nicht viel mehr als die Einsicht in die Notwendigkeit ebendieser Interessen.

Während wir oben gesehen haben, dass die Möglichkeit zur Erkenntnis von Naturgesetzen bereits eine spezifisch moderne „Denkart“ (Kant) voraussetzt, wird die gesetzesmäßige Naturbeschreibung in der GSP-Theorie also in die rein quantitative Bestimmung überhistorischer und objektiv erkennbarer Inhalte verwandelt, während jede Reflexion auf das Formprinzip der bürgerlichen Naturwissenschaften entfällt. Dementsprechend wird auch innerhalb der gesellschaftstheoretischen Betrachtungen der Formaspekt auszusparen und durch die Zwecke, also bestimmte Inhalte, als vermeintliches Äquivalent zu ersetzen sein. Diese Zwecke, die auf Interessen verweisen, gilt es nun objektiv zu erkennen. Die Gesellschaftswissenschaften hätten sich daher von ihrem falschen Pluralismus zu verabschieden und endlich festzustellen, „was Sache ist“.

20. Genau genommen beschäftigen sich auch die Naturwissenschaften beizeiten mit Menschen – etwa in der Biologie oder der Medizin. Deutlich präziser als diese oberflächliche Behauptung der MG ist da schon die Bestimmung von Max Weber, Soziologie sei diejenige Wissenschaft, die sich mit dem sozialen Handeln von Menschen beschäftige (vgl. Weber 1964 [1956], S. 3 ff.)

Auf diese Weise etabliert der GSP innerhalb seiner theoretischen Argumentation also die Zweck-Metaphysik als Ausgangspunkt aller Reflektion. Er wiederholt damit, wie zum Beginn dieses Abschnitts bereits bemerkt, die Position der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre, die ebenfalls das rationale, seine Interessen verfolgende Individuum zum Ausgangspunkt nimmt. Und ganz so wie in der bürgerlichen Ökonomietheorie wird auch beim GSP dieser Anfang als Selbstverständlichkeit dargestellt. Beide Positionen übersehen dabei, dass das sich selbst gewisse, seine Interessen verfolgende und die Welt verobjektivierende Individuum erst mit der historischen Durchsetzung der warenproduzierenden Gesellschaft, mithin also im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, entstanden ist. Erst hier erfahren die modernen Subjekte als „vereinzelte Einzelne", mit sich identisch die Welt als eine außer ihnen seiende Objektivität (vgl. Bierwirth 2013).

> „Erst bei den sich von vornherein und prinzipiell als *Einzelne*, als *‚Menschen'* auffassenden Mitgliedern einer solchen Gesellschaft kann die Vorstellung von *theoretischer Erkenntnis* entstehen. Also von Erkenntnis, die unabhängig von ihrer empirischen Absicherung und etwaigen gesellschaftlichen Standorten und Interessen der einzelnen Erkennenden *der Form nach den Rang der Allgemeinheit und Denknotwendigkeit beansprucht;* die diese Einzelnen daher, soweit sie die Stufe der Rationalität und Mündigkeit erreicht haben, in eine intersubjektiv zwingende Verbindung versetzt […]. Erst hier werden auch die Vorstellungen von einer solcher Erkenntnisart zugrundeliegenden, allgemein-menschlichen Vernunft bzw. von *allgemeinen Regeln des menschlichen Denkens und Kategorien der rationalen Weltauffassung* [...] herausgebildet." (Müller 1981, S. 142)

Wenn nun mit dem Kapitalismus eine Anschauung in die Welt tritt, die dem Dasein der Menschen als vereinzelten Einzelnen entspricht und die Grundlage für deren Reflexion über die Welt darstellt – dann bedeutet dies, dass die kapitalistische Gesellschaft und die ihr eigene Dynamik mit den seit der Aufklärung entstehenden „grundlegenden philosophischen Theorien" in Verbindung gesetzt werden kann.

> „[W]eniger als irgendein anderes Moment des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs erlauben sie die Reduktion auf bloße Ideologie, auf Formulierungen aus dem Interesse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. […] Mit anderen Worten: die Entwicklungsgeschichte des über den Wert vergesellschafteten Lebensprozesses schlägt sich in der Geschichte der Philosophie (und überhaupt der geistigen Produktionen) nieder. Und kann an ihr in ihrer verselbständigten Gestalt verfolgt werden; doch sind diese jeweiligen Gestaltungen in der Regel nicht einfach Ausdruck bestimmter Klassen- oder Schichtinteressen […], sondern vielmehr allgemeiner Ausdruck des Entwicklungsstands der tendenziell oder wirklich über den Wert verknüpften Gesellschaft. (Es genügt also nicht, beispielsweise Hobbes einfach als Exponenten der Gentry, eines konservativen Teils der bürgerlichen Klasse im England des 17. Jahrhunderts, aufzufassen und darüber den allgemeinen Charakter seiner Gesellschaftsauffassung zu vernachlässigen.)“ (Müller 1981, S. 144).

Diese Erkenntnistheorie hat also das Verhältnis von Subjekt und Objekt zu ihrem Gegenstand. Sie beginnt mit dem Philosophen, Mathematiker und Naturwissenschaftler René Descartes (1596 – 1650), der das denkende Subjekt als einzig gesicherten Ausgangspunkt nimmt, von dem aus die Welt erfasst werden kann: ego cogito, ergo sum – Ich denke, also bin ich. Damit führt er eine radikale Subjekt-Objekt-Trennung ein und beschreitet theoretisches Neuland, denn er zerschlägt das Weltbild der mittelalterlichen Scholastik, in dem Gott die zentrale Rolle zukam.

> „Zunächst einmal erhob er das denkende Subjekt in den Rang einer selbstevidenten Größe. Er setzt die gesamte Wirklichkeit einem universellem Zweifel aus, um im Meer des Ungewissen einen festen Punkt auszumachen, eben das erkennende Subjekt. Hatte bis dato die Existenz Gottes als die einzig unhintergehbare Grundgegebenheit gegolten, so rückte das bestimmungslose (= abstrakte) denkende Subjekt jetzt in diese privilegierte Position nach. Gleichzeitig – und das ist nur die anderer Seite der gleichen Medaille – konstruiert seine Zweisubstanzenlehre eine grundlegende Wesensverschiedenheit zwischen dem denkenden Subjekt einerseits und der gesamten übrigen Wirklichkeit andererseits. Die hermetische Scheidung der res extensa, des Kosmos der ausgedehnten Dinge, von der res cogitans, der unkörperlich raumlosen und doch

als Substanz gedachten Denkinstanz, bricht die Brücke zwischen Erkennbarem und Erkenntnisträger ab. Die radikale wesenhafte Trennung von Erkennenden und Erkenntnisgegenstand wird zur Grundlage allen menschlichen Denkens, zur allgemein verbindlichen Erkenntnisform.“ (Lohoff 2005, S. 28)

Auf diese Weise etabliert sich das Verhältnis von Subjekt und Objekt als gesellschaftliches Formprinzip, das für den GSP ein Buch mir sieben Siegeln bleibt, weshalb ihm die damit verbundenen Fragenstellungen lediglich als überflüssige Rechtfertigungsideologie erscheinen. Zwar meint auch der GSP, die Welt mit dem bloßen Gedanken erfassen zu können, doch wo Descartes als Pionier der modernen bürgerlichen Erkenntnistheorie eine radikale Grenze zwischen dem erkennenden Subjekt und der ihn umgebenden Welt zieht, geht der GSP ganz naiv realistisch davon aus, dass dem Subjekt seine Welt unmittelbar zugänglich ist, wenn es nur logisch-rational genug vorgeht. Deshalb geht auch seine Kritik an der Kritischen Theorie völlig ins Leere, denn wenn dort von „Vernunft“ oder “Geist“ die Rede ist, so geht es stets um eine gesellschaftlich vermittelte Denkform – und nicht um einen individuellen Denkprozess mit dem Ziel, eine spezifische Erkenntnis zu erlangen.

Diese Perspektive wurde nun aber durch den Skeptizismus von David Hume (1711 - 1776) um die Frage erweitert, wie für das erkennende Subjekt die Erkenntnis der es umgebenden Objektwelt (ohne die Annahme einer verbindenden Göttlichkeit) überhaupt möglich sein kann. Hume teilte die menschliche Verstandesfähigkeit in mathematisch-logische Operationen (relations of ideas) einerseits und empirische Tatsachenbeobachtungen (matters of fact) andererseits. Der erste Bereich galt ihm als wissenschaftlich unproblematisch, doch dem zweiten, der auf die Beobachtung der Welt abzielt, sei nicht über den Weg zu trauen. Denn trotz aller noch so genauer Beobachtung seien doch immer nur zeitliche Abfolgen zu beobachten, nicht jedoch faktische Kausalitätsbeziehungen (vgl. Müller 1981, S. 148 – 155). Immanuel Kant (1724 – 1804) greift die Fragestellung von Hume auf und versucht, sie einer Lösung zuzuführen: es sei das erkennende Subjekt selbst, das durch den Gebrauch der Vernunft die Gleichsetzung der disparaten Objektwelt ermögliche (vgl. Müller 1981, S. 165 – 173).

Angelehnt an den Skeptizismus von Hume konzipiert Kant „Raum“ und „Zeit“ als ‚Formen reiner Anschauung’ und somit als der Erfahrung vorgängige Eigenschaften des Erkenntnisvermögens. Sie sind der konkreten Erkenntnis vorgeordnet und daher ‚transzendental’ (vom lateinischen „transcendere“, „überschreiten“), denn sie überschreiten gewissermaßen jede konkrete Denkbemühung. Das erkennende Subjekt muss über sie verfügen und ist so als „Transzendentalsubjekt“ jedem Denkakt vorausgesetzt.

> „Das transzendentale Subjekt geht aller auf Anschauung bezogenen Verstandestätigkeit voraus und ist in jedem Akt dieser Tätigkeit vorausgesetzt; es entspringt daher in keiner Weise aus dem Ensemble der Tätigkeiten der empirischen Denksubjekte [...] Der ‚menschliche Verstand’ ist insofern jedenfalls ein gesellschaftlicher Verstand, als er die Kommunikation zwischen Erkenntnissubjekten einschließt, und zwar einzelnen Subjekten, die sämtlich als prinzipiell gleiche auf das höchste Prinzip der Verstandestätigkeit bezogen sind; eine Beziehung, die wechselseitige Anerkennung und insofern freie Beziehung dieser Subjekte einschließt“ (Müller 1981, S. 171f.).

Es liegt nahe, das Transzendentalsubjekt als mystifizierende Reflexion auf eine sich ausbreitende Warenwirtschaft zu begreifen. Die Freiheit und Gleichheit der kapitalistischen Handlungsträger hat Kant begriffslos in die Welt der Philosophie übersetzt. An dieser Stelle schließen auch die Überlegungen von Adorno an, wenn dieser in der *Negativen Dialektik* das Verhältnis von Subjekt und Objekt problematisiert und den subjektiven Denkakt von Kant als gesellschaftliches Verhältnis dechiffriert:

> „Die Allgemeinheit des transzendentalen Subjekts aber ist die des Funktionszusammenhangs der Gesellschaft, eines Ganzen, das aus den Einzelspontaneitäten und -qualitäten zusammenschießt, diese wiederum durchs nivellierende Tauschprinzip begrenzt und virtuell, als ohnmächtig vom Ganzen abhängig, ausschaltet. Die universale Herrschaft des Tauschwerts über die Menschen, die den Subjekten a priori versagt, Subjekte zu sein, Subjektivität selber zum bloßen Objekt erniedrigt, relegiert jenes Allgemeinheitsprinzip, das behauptet, es stifte die Vorherrschaft des Subjekts, zur Unwahrheit. Das Mehr des transzendentalen ist das Weniger des selbst höchst reduzierten empirischen Subjekts.“ (Adorno 2003 [1966], S. 180)[21]

21. Vgl. hierzu auch Wedel 2003

Wenn also Adorno kritisiert, dass das Subjekt sich eine Objektwelt verfügbar machen würde, dann geht es ihm immer und in erster Linie um dieses transzendentale (automatische) Subjekt – und damit um das Kapital als dem sich selbst verwertenden Wert (vgl. auch Müller 1981, S. 190-202). Insofern läuft die oben zitierte Polemik von Peter Decker über die angebliche „Normalität“ von Subjekt-Objekt-Verhältnissen darauf hinaus, es sei doch gar nicht so schlimm, wenn sich das Kapital die ganze Welt unterwerfe. Da Decker und mit ihm der GSP die Formproblematik jedoch von vornherein ablehnt, weil sie über die simple Mechanik von gegensätzlichen Interessen und Zwecken hinausgeht, die ihren Denkhorizont begrenzt, erscheinen ihm die Äußerungen von Adorno als dumpfer Unsinn.

Decker behauptet dabei, Philosophie lediglich zu kritisieren, selber aber gar keine philosophische Position einzunehmen. Damit stellt er sich faktisch auf den Standpunkt des „gesunden Menschenverstandes“ und vertritt zugleich, allen Beteuerungen zum Trotz, selbstverständlich eine erkenntnistheoretische Position – nämlich die des „naiven Realismus“, der heute insbesondere von bestimmten Strömungen der analytischen Philosophie vertreten wird, die sich vor allem dadurch auszeichnen, Philosophie als Anwendung formaler Logik und Entwicklung idealer Sprachen zu praktizieren. Diesen zumeist zum Beginn des 20. Jhdts. entstandenen Philosophien (in der Nachfolge von Wittgenstein und Moeere) ist im Unterschied zur frühbürgerlichen Philosophie jede gesellschaftliche oder auch nur subjektzentrierte Reflexion ausgetrieben. Dass der GSP, vermutlich ohne sich dessen bewusst zu sein, in dieser erkenntnistheoretischen Tradition steht, erklärt sowohl seinen sprachphilosophischen Nihilismus (vgl. Gruppe 180°, 2010) als auch die offen zur Schau getragene Aversion gegen jedwede Vermittlung der eigenen Theorie mit praktischem Handeln gegen die kapitalistische Realität.

Das von Adorno angewandte Verfahren, in den gesellschaftlichen Verhältnissen die Voraussetzungen für die Gedankenwelt der Menschen zu suchen, vermag bürgerliche Theorien wie die vom Kant‘schen Transzendentalsubjekt kritisieren, ohne sie zur bloßen Fehlleistung zu erklären. Es macht deutlich, dass die Wirkungen, die Kant einem transzendentalen Subjekt zuschreibt, letztlich auf die historisch-spezifische Form der kapitalistischen Warengesellschaft zurückzuführen sind. Dass in diesem Sinne Ideologie nicht einfach als ‚Fehler’ zu verstehen ist, sondern als Reflexion einer fetischistisch verfassten Gesellschaft,

hätte der GSP übrigens ohne Weiteres auch bei Marx erfahren können, der etwa in der *Deutschen Ideologie* schrieb:

> „Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß. [...] Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteigt, wird hier von der Erde zum Himmel gestiegen." (MEW 3, S. 26)

Dieses kritisch gegen die bürgerliche Philosophie gerichtete Ansinnen hält Decker jedoch für „problematisch" (Decker 1982, S. 184). Und auch bei diesem Einwand wird deutlich, dass seine auf Zweck-Mittel-Relationen reduzierte Philosophie nicht in der Lage ist, auch nur die Problemebene zu fassen, um die es Marx geht: „Hier wird nicht einfach der Inhalt des Bewußtseins als der Wirklichkeit entnommen, sondern auch noch die Beurteilung der Wirklichkeit als durch das praktische Sein bestimmt angegeben" (ebd.). Decker wendet sich damit gegen ein nicht-empirisches Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Lebensverhältnissen und individuellen Vorstellungen über die Welt. Auch darin mit der bürgerlichen Empiristik etwa eines Popper eng verwandt, möchte er nur gelten lassen, was „der Wirklichkeit entnommen" worden ist. Nähme er dieses Argument ernst, müsste er die Marx'schen Begriffe von Wert und Kapital über Bord werfen – denn diese sind ja keine empirischen Beschreibungen, sondern logische Deduktionen. Äußerungen über die Welt kann Decker daher nur unter dem Gesichtspunkt bewerten, inwiefern sie mit seinen empirischen Beobachtungen übereinstimmen, die ihm als völlig evident erscheinen, weil er sich über die eigenen erkenntnistheoretischen Prämissen keine Rechenschaft ablegt. Abweichende Äußerungen und Ansichten können ihm daher nur als gedankliche Fehlleistung oder bewusste Täuschung bzw. Lüge erscheinen.[22] Gleichsam unterstellt er Marx kontrafaktisch, diese Position geteilt zu haben. Dieser nämlich habe „gezeigt, daß Ideologien Gedanken sind, mit denen sich die Individuen der Klassengesellschaft auf praktische Notwendigkeiten einrichten" und ihr Ursprung sei „eine [Frage] der praktischen Not und von Interessen" (Decker 1982, S. 184f.).

In ebendiesem Sinne sei der Marx'sche Materialismus ein weiteres Beispiel für eine „Methode, die vor und unabhängig von einer Theorie für diese fixiert

22. Hier findet sich ein Grund für die Verachtung, mit der die Epigonen des GSP anderen DiskussionsteilnehmerInnen entgegentreten: weil die entweder dumm sind oder lügen, können sie auch nicht ernst genommen werden.

wird“ und entsprechend fällt auch Deckers eigene Konzeption von materialistischer Theorie aus:

> „Nur als Kritik einer Theorie, die nicht die Besonderheit ihrer Objekte erforscht, sondern sich in der Theorie von der Sache entfernt, hat das Prädikat ‚materialistisch‘, zur Theorie hinzugesetzt, überhaupt einen Sinn, nämlich: sich ans Material zu halten! Desgleichen hat nur gegen Theoretiker, die gerade praktische Fragen nicht nach praktischen Kriterien, sondern von den praktischen Interessen unabhängig, ‚theoretisch‘ beantworten wollen, die tautologische Erinnerung ihr Recht, daß Fragen des Interesses eben auch als solche zu behandeln seien.“ (Decker 1982, S. 186)

Materialismus ist beim GSP also nicht wie bei Marx der Versuch, das Denken und Handeln der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft als konstituiert durch eine historisch-spezifische Vergesellschaftungsform zu dechiffrieren und genau darin zu kritisieren. Vielmehr handelt es sich um einen platten Interessenmaterialismus, der ganz wie der bürgerliche Alltagsverstand immer nur danach fragt, wem etwas nutzt und wem nicht. Theorie reduziert sich dementsprechend darauf, immer wieder nachzuweisen, dass bestimmte Interessen systematisch beschädigt werden. Nach diesem simplen Schema lassen sich nun freilich alle gesellschaftlichen Vorgänge sortieren und erklären, ohne danach fragen zu müssen, was ihnen zugrunde liegt.

5. Das Interesse an der Sache

> *„Wir müssen von allen Fachleuten lernen, die Wirtschaft zu handhaben. Wir müssen bei ihnen in die Lehre gehen und von ihnen respektvoll und gewissenhaft lernen.“ (Egbert Dozekal)*

Bereits in der Programmatischen Erklärung wurde deutlich, dass die Argumentation des GSP zwei Grundpfeiler hat: auf der einen Seite steht das Interesse der Individuen, auf der anderen Seite der objektive Zweck der gesellschaftlichen Verhältnisse. In einem in den 1980er Jahren erschienenen Text zur Frage, was Kritik sei und wie sie funktioniere, wurde diese Position noch einmal bekräftigt:

> „Ganz nebenbei hat sich herausgestellt, wie Kritik geht. Wenn sie ihren Grund in zu kurz gekommenen Interessen hat, dann besteht ihr Zweck in nichts anderem als in der Beantwortung der Frage: Warum werden meine Interessen von anderen Leuten, von den maßgeblichen Herrschaften, von der Wissenschaft ... so schlecht oder gar nicht bedient? Sie ist angewiesen auf das objektive Urteil über Grund und Zweck der gesellschaftlichen Einrichtungen und ihrer Agenten, die einem das Leben schwer machen. Nicht das Interesse und schon gar nicht sein Ersatz durch gar nicht existente allgemeine Interessen, Werte und Ideale ist der Hebel, zu tauglichen Urteilen zu gelangen, sondern Wissen um die Sache, die sich als Hindernis geltend macht. Kritik besteht darin, die begriffene Sache am Interesse zu messen.“ (Marxistische Gruppe 1989)

Auch in einem ebenso benannten Text, der im Frühjahr 2014 erschienen ist, betont der GSP diesen Aspekt:

> „So viel ist klar: Wer an die Welt, in der er lebt, ernsthaft den Maßstab seines Interesses anlegt, wer will, dass das Leben sich lohnt, der braucht Wissen; über das, was ihm nützen soll, was er zu nutzen gedenkt, und vor allem über das, was ihm schadet. Er benötigt darüber ein objektives Urteil, aus dem entweder folgt, dass er mit seinem Anspruch richtig liegt und dass, wenn er mit einer Sachlage nicht klarkommt, die Gründe dafür in einer unvollkommenen Verwirklichung eines an sich vernünftigen Zwecks oder in seinem verkehrten Umgang mit ihrer Natur nach brauchbaren Verhältnissen liegen; oder er entdeckt einen notwendigen, in der Natur der Sache liegenden Widerspruch

> zum eigenen Bedürfnis und weiß damit den Grund für die Ablehnung der Sache selbst und für entsprechende Initiativen zu ihrer Überwindung oder Beseitigung.“ (Gegenstandpunkt 2013, S. 62)

Kritik besteht in dieser Vorstellung aus einem einfachen Vergleich. Auf der einen Seite stehen die Interessen des Individuums (seine „Privatinteressen“), auf der anderen Seite der begriffene Zweck der Sache.[23] Wie genau diese beiden Prämissen zu bestimmen sind, wird in diesen (und, soweit dem Autor bekannt, auch in anderen Texten) nicht ausgeführt. Sie gelten gewissermaßen als unproblematisch und offen zu Tage liegend. Das ist insofern schlüssig, als das oben diskutierte erkenntnistheoretische Modell des GSP ja auch davon ausgeht, dass die Dinge ohne Weiteres objektiv zu erkennen sind, wenn man nur logisch und rational genug denkt. Diese Annahme gilt auch für die Interessen, von denen sich ja die Theoretikerin ebenfalls einen Begriff machen kann, so sie denn willens ist.

Tatsächlich ist die Sache aber nicht so einfach wie unterstellt. Denn der Begriff des Interesses ist keineswegs eindeutig. Zunächst einmal unterschlägt der GSP die Formspezifik der Interessenkategorie. Er behandelt jedwedes menschliche Bedürfnis unabhängig von seiner jeweiligen Konstitution und seiner Beschaffenheit als Interesse, obwohl beide Kategorien keineswegs identisch sind. Bedürfnisse wie Essen und Trinken, Schlafen und Wohnen existieren selbstverständlich in jeder Gesellschaft, unter kapitalistischen Verhältnissen nehmen sie jedoch eine spezifische Form an, denn sie lassen sich nur über den Umweg von Ware und Geld befriedigen. Hierauf verweist bereits der aus dem Lateinischen stammende Begriffes der Interesses (inter = zwischen und esse = sein). Das Wort wurde in der frühen Neuzeit ins Deutsche entlehnt und verwies zunächst auf Problemstellungen, die mit der sich ausbreitenden frühen Warenwirtschaft zusammenhingen: entgangener Nutzen, durch Versäumnis erwachsener Schaden;

23. Neben Mitteln und Zwecken steckt in dieser Vorstellung von Kritik noch eine zweite stillschweigende Voraussetzung: die Vorstellung, dass es einzelne „Einrichtungen“ und „Agenten“ gibt, die für die missliche Lage der Einzelnen verantwortlich zu zeichnen haben. Diese Annahme ist der Prüfung bereits vorausgesetzt. Damit wird nahe gelegt, dass es die Interessen dieser Agenten sind, die meinen Interessen entgegenstehen. Auch mit den Zwecken der Einrichtungen sieht es nicht viel anders aus. Ein Zweck (vom griechischen telos, „Beweggrund von zielgerichtetem Verhalten“), den so eine Institution haben soll, bezieht sich schließlich bereits auf die Vorstellung, dass der vorherrschende Handlungsmodus der des instrumentellen Handelns, ist, das also Ziele aufgrund von Interessen verfolgt werden und dass die Handlungen funktional für die Umsetzung zuvor erfasster Ziele sind. Dass bei dieser Grundannahme im Regelfall auch eine Interessenkollision als Ergebnis herauskommt, ist kein Wunder.

Zinsen, Vorteil.[24] Der Begriff des Interesses unterstellt also bereits, dass die Einzelnen als Warenbesitzer aufeinander treffen, also als Privatpersonen, die sich gerade darin gesellschaftlich verhalten, dass sie ihren partikularen Vorteil anstreben. Die Interessen der Einzelnen sind in diesem Sinne, wie Marx schon in den Grundrissen anmerkte, die Interessen der Privaten,[25] also von ungesellschaftlich-vergesellschafteten Einzelnen, die ein ausschließliches Verfügungsrecht über bestimmte Dinge haben, von deren Nutzung die anderen Menschen ausgeschlossen sind.

> „Das Privateigentum, um den juristischen Namen für jene merkwürdige, ihren Besitzern von den Waren aufgeherrschte Art von gesellschaftlicher Beziehung zu verwenden, ist nicht erst deshalb zu attackieren, weil es dem Raub fremder Arbeit die adäquate Form gibt; es ist vielmehr deshalb aufzuheben, weil es sich bei ihm immer schon um beraubten Reichtum handelt, Reichtum, der qua Form Besitzer wie Nichtbesitzer von dem ausschließt, was diese Gesellschaft an produktiven wie sozialen Möglichkeiten bereithalten könnte, Reichtum, der per se mit Verarmung identisch ist." (Lohoff 1998, S. 56)[26]

Das Interesse ist somit die zum Privat-Eigentum gehörige Form des Bedürfnisses. Es zielt dabei auf die Ausschließlichkeit des Privatstandpunktes, die andere Nutzungsmöglichkeiten ausschließt und setzt damit den Standpunkt der Privatperson voraus, welche innerhalb der rechtlichen Grenze ausschließlich über das je Eigene verfügt: „Die Grenze, in welcher sich jeder dem andern unschädlich bewegen kann, ist durch das Gesetz bestimmt, wie die Grenze zweier Felder durch

24. Vgl. http://de.wiktionary.org/wiki/Interesse Das gleiche gilt auch für den Begriff des Zweckes, der vom griechischen „telos" abgeleitet ist und als Beweggrund einer zielgerichteten Tätigkeit verstanden wird. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Zweck

25. Vgl. MEW 42, S. 89ff. sowie Bierwirth 2015

26. Auch dieser Zusammenhang lässt sich anhand der sprachlichen Genese des Wortes plausibel machen: „‚Privatus', das Partizip Perfekt des Verbs ‚privare' (rauben), bezeichnet im Lateinischen, substantiviert verwendet, ‚das Beraubte'. Der Privatier, der freie Bürger, dessen Dasein sich nur um die Erfordernis des Erwerbs dreht, führt dem antiken Verständnis nach eine beraubte, ihres wesentlichen Inhalts entkleidete, durch und durch erbärmliche Existenz. Das Altgriechische bringt das übrigens noch etwas härter auf den Punkt. Der Begriff des homo privatus hat in dieser Sprache seine Entsprechung im ‚Idioten', ein Ausdruck, von dem bei der Übernahme in die modernen Sprachen leider nur mehr die pejorative Besetzung übrig geblieben ist. Vom Standpunkt der Kritik bietet sich die Rückkehr zum ursprünglichen Sprachgebrauch an. Eine ungesellschaftliche Gesellschaft, die sich ihrem Wesen nach in die allgemeine Konkurrenz privater Interessenstandpunkte auflöst, verdient in der Tat, als vollidiotisierte Gesellschaft bezeichnet zu werden." (Lohoff 1998, S. 56)

den Zaunpfahl bestimmt ist. Es handelt sich um die Freiheit des Menschen als isolierter auf sich zurückgezogener Monade.“ (MEW 1, S. 364)[27]

Es handelt sich beim Interesse also um eine spezifisch kapitalistische Kategorie, die vom GSP mit einer recht allgemeinen Vorstellung von Bedürfnissen in eins geworfen wird. Wenn der GSP daher stets unterstellt, die ihre Arbeitskraft vermarktenden Monaden hätten das „Interesse“, die herrschenden Verhältnisse zu überwinden, weil ihre Interessen mit den Zwecken des Kapitalismus nicht übereingehen, geht das schon begrifflich ins Leere. Denn die Überwindung des Daseins als Interessensmonade, also der Bruch mit der kapitalistischen Form, ist etwas ganz anderes als die Affirmation eben dieses Daseins durch konsequente Verfolgung der eigenen Interessen. Das eine ergibt sich keinesfalls aus dem anderen, wie der GSP ohne viel Federlesens behauptet. Und selbst dort, wo die VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft ihre Interessen immanent verfolgen, ist die Situation keinesfalls so eindeutig, wie vom GSP unterstellt.[28] So ist es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zunächst sicherlich im Interesse der ArbeiterInnen, für einen möglichst hohen Lohn zu kämpfen. Insofern entsprechen solche Lohnkämpfe ihrem Interessen-Standpunkt.

Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit. Denn neben ihrem Interesse an einem möglichst hohen Lohn haben sie auch das Interesse, *überhaupt* einen Lohn zu bekommen. Ein allzu erfolgreicher Arbeitskampf, der gar ein ökonomisches Scheitern des eigenen Betriebes oder Wirtschaftsstandortes in der Marktkonkurrenz zur Folge hätte, würde daher den Interessenstandpunkt konterkarieren. Soweit in Arbeitskämpfen also auf die „Konkurrenzfähigkeit“ des „Standorts“ Rücksicht genommen wird, ist das keinesfalls prinzipiell mangelnde Konsequenz, sondern verweist nur auf die Immanenz der Interessensform. Konsequent partikularistisch wäre somit für die je Einzelnen eine Situation erstrebenswert, in der sie selber zwar einen besonders hohen, die KollegInnen jedoch einen möglichst

27. Bereits hier deutet sich an, dass die Existenz der Privaten auch die Existenz des Staates voraussetzt. Wir werden hierauf zurückkommen, wenn wir die Utopie des GSP diskutieren.

28. Das fällt bereits auf, wenn wir uns die disparate Verwendung des Interessenbegriffes ansehen. Denn wenn etwa Leo Meyer in dem Sammelband „Das Prinzip Ohnmacht“ bemerkt, dass die MG auf Betriebsversammlung das eine Mal den Lohnkampf fordern, ihn das andere Mal als reformistisch denunzieren würde (vgl. Meyer 1983), so ist das keinesfalls ausschließlich dem Opportunismus der GenossInnen zuzurechnen. Eine derartige Widersprüchlichkeit liegt bereits aufgrund der Mehrdeutigkeit der Interessenkategorie nahe.

niedrigen Lohn bekommen. So wäre das individuelle Auskommen gleichsam mit der Sicherheit der Einkünfte garantiert.[29] Auch auf der Seite der Unternehmen stellt es sich ganz ähnlich dar. Hier gibt es zwar durchaus ein Interesse an Lohnsenkung zur Maximierung der Betriebsgewinne, doch sollte diese nicht dazu führen, dass am Ende die produzierten Waren keine willige AbnehmerInnenschaft mehr finden, weil diesen dafür das nötige Kleingeld fehlt. Auch hier gibt es also neben dem Interesse, individuell möglichst wenig Lohn zu zahlen das damit im Widerspruch stehende Interesse, dass überhaupt Löhne gezahlt werden sollen, die als Kaufkraft wirksam werden (vgl. Schandl 2004).[30] Während der GSP nun die erste Seite dieses immanenten Widerspruchs der Kategorie Interesse je nach eigener Bedürfnislage mobilisiert, unterschlägt er die zweite gänzlich und beharrt auf der Eindeutigkeit des sich selbst gewissen Interesses, die erkennbar nicht gegeben ist.[31]

Indem er so die grundsätzliche Immanenz des Interessenstandpunkts unter den Tisch fallen lässt, kann der GSP dessen konsequente Durchsetzung zum Inhalt vermeintlicher gesellschaftlicher Emanzipation deklarieren. Das erklärte Ziel kommunistischer Politik ist somit die „Durchsetzung systematisch geschädigter Interessen“ (Gegenstandpunkt 2004). Würden die Menschen endlich die Welt so verstehen, wie der GSP sie predigt, dann wäre „der Interessengegensatz, den die Recht setzende Gewalt organisiert, richtig auf der Tagesordnung, und den Klassenkampf brauchen sie (die Menschen, J. B.) nur noch zu gewinnen“ (Marxistische Gruppe 1986).

Die Verwirklichung dieser Interessen findet im Kommunismus statt und der kann dann – solange die Interessen der Mehrheit eben nicht geschädigt werden – ruhig auch als Staat organisiert sein. An den realsozialistischen Staaten findet der GSP daher auch einiges richtig, weil es dort ja immerhin um die Interessen

29. In der betrieblichen Realität taucht diese Konstellation zur Zeit vermehrt als „Mobbing“ auf.

30. Darüber hinaus sind die Unternehmen durch den Druck der Konkurrenz gezwungen, ihre Gewinne zu weiten Teilen nicht in die Produktion, sondern in die Erweiterung bzw. Verbesserung ihrer Produktionsbedingungen zu investieren. „Bei der Schaffung mehrwertproduktiv anzulegenden bzw. zu re-investierenden Mehrwerts handelt es sich um einen selbstbezüglichen und sich notwendig unendlich fortsetzenden Prozess ohne äußeren Zweck. Und dieser Prozess weist kein Subjekt auf, für den das Kapital Miittel wäre. Was für die Privateigentümer für deren private Konsumtion abfällt, stellt einen Nebeneffekt eines anderen Imperativen gehorchenden Prozesses dar.“ (Creydt 2015, S. 31)

31. Weitere blinde Flecken in der Interessen-Soziologie des GSP diskutiert Creydt 2015, S. 28ff.

der Menschen gegangen sei. So konnte dereinst die Marxistische Gruppe über die DDR festhalten:

> „Die politische Gewalt setzt sämtliche Maßstäbe des ökonomischen Erfolgs, verfügt über dessen Mittel und regelt die Leistung seiner Bürger ebenso wie das, was sie sich leisten können. Per staatlichen Beschluß wird der Beitrag zum Zustandekommen des Mehrprodukts geregelt, und aufgrund politischer Entscheidungen bestimmt sich die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Und das ist erst einmal überhaupt kein Skandal! […] Was soll eigentlich an einer Politik verabscheuungswürdig sein, die es darauf anlegt, die Arbeit der Gesellschaft zu planen, damit der Reichtum wächst und jedermann in möglichst hohem Maße in seinen Genuß kommt? Was ist verwerflich an diesem Vorhaben, das wegen dieser Zielsetzung ganz selbstverständlich eine zweckmäßige Organisation und Teilung der Arbeit zu erreichen sucht, die so ‚Sachzwänge' wie Zerstörung der Gesundheit und der Brauchbarkeit der Natur gar nicht erst aufkommen läßt? Was ist komisch an einer Planung, die Pauperismus - statt ihn mit der ‚Knappheit' zu rechtfertigen und ihn neben den größten Baudenkmälern und der gar nicht billigen Gewaltmaschinerie des kapitalistischen Reichtums gedeihen zu lassen - abschafft?
> Ein Staat mit diesem Programm macht immerhin auch gewisse Sozialleistungen überflüssig, als da sind die Reglementierung von Armut, Not und Verbrechen. Er verpflichtet sich nämlich auf etwas: Er plant gegen den Ausschluß ganzer Abteilungen seines Volkes von erträglichen Lebensbedingungen und braucht nicht darauf zu achten, daß die Bürger trotz ihrer Beschränkungen loyal sind, weil er einmal mit der Identität von Volksinteresse und politischer Entscheidung ernst macht. Ein solcher Staat ist deswegen auch scharf auf ein Volk von theoretischen und praktischen Materialisten. Er braucht ein Volk, das seinen Verstand benützt, statt über Moral über Wissen verfügt, statt über Ideologien über Wissenschaft. Ein Volk, das zweckmäßig arbeiten will […]. Das Volk, das auf seinen Nutzen achtet und danach den Plan beurteilt und bestimmt, kann sich die Last der Konkurrenz ersparen, die Durchsetzung des eigenen Interesses auf Kosten anderer, das Mißtrauen und die sorgfältige Berechnung der lieben Mitmenschen." (Marxistische Gruppe 1982)

Dieses etwas längere Zitat macht deutlich, wohin der Hase läuft: ein „Volk, das zweckmäßig arbeiten will“ und „auf seinen Nutzen achtet“, könne auf einen „Plan“ vertrauen, indem alle seine Interessen berücksichtigt sind, weshalb es dann auch zu keinerlei Konkurrenz zwischen den diversen Privatsubjekten komme.[32]

Der GSP entwirft so die Fiktion einer auf dem Partikularstandpunkt basierenden Gesellschaft, die durch kluge Planung und das allseitig durchgesetzte Primat des Wissens so organisiert ist, dass es zu keinerlei Interessenkollisionen kommt. „Kommunismus“ ist also offenbar die perfekte Nachbildung der kapitalistischen Konsumgesellschaft ohne ihre bedauerlichen Nachteile und zwar so perfekt, dass sie sogar auf jegliche Moral verzichten kann, die laut GSP eben nur dort benötigt wird, wo die Interessen systematisch geschädigt werden.[33] Doch auch hier übersieht der GSP die Formspezifik kapitalistischer Moralvorstellungen. Moral gilt ihm als „das gute Gewissen der Klassengesellschaft“ (Marxistische Gruppe 1986) und er definiert sie dabei wie folgt: „*Moral ist die affirmative Stellung zu den Interessengegensätzen dieser Gesellschaft*“. Dazu kommt er, indem er recht umstands- und begründungslos anhand einiger Beispiele kapitalistischer Sittlichkeit (Fleiß, Sparsamkeit, Ehrlichkeit) auf einen allgemeinen Begriff der Moral schließt. Kritisiert wird dann daran, dass Moral die eigenen Interessen relativiere, indem sie dazu auffordere, auch die Bedürfnisse anderer in den Blick zu nehmen. Moral läuft daher für den GSP immer auf dies hinaus: „Denke bei deinem Tun nicht (nur) an dich, sondern immer (auch) an die anderen“ (Gegenstandpunkt 2011). Vor dem Hintergrund einer Theorie, die an den gesellschaftlichen Verhältnissen vor allem kritisiert, dass die Interessen der Einzelnen systematisch verletzt werden, kann eine solcherart charakterisierte Moral dann trefflich als herrschaftsstabilisierend kritisiert werden.

Diese kapitalistischen Moralvorstellungen, die im Wesentlichen darauf abzielen, dass die Einzelnen sich selber zurücknehmen und sich unter das große Ganze unterordnen, sind jedoch selbst historisch-spezifisch. Wenn der GSP von die-

32. Es ist müßig, noch zu erwähnen, das hier neben dem Standpunkt der Privatheit noch allerlei andere kapitalistische Vorstellungen zu hohen Ehren kommen: die Begeisterung für die Arbeit und die rational-vernünftige Lebensführung, die Vorstellung von Reichtum als Konsum oder die Vorstellung einer Kollektivität vom „Volk“, dem dann zu allem Überfluss auch noch ein gemeinsames Interesse untergeschoben wird.

33. Zur Bedeutung von Konsum als vermeintlichem Gegenteil von Armut innerhalb der Ideologie des GSP vgl. auch Creydt 2015, S. 96 – 102.

ser Bestimmung darauf schließt, dass Moral immer genau so sein müsse, dann übersieht er, dass es neben dieser bürgerlichen Moral, die auch als „Sittlichkeit" bezeichnet wird, noch andere Vorstellungen von Moral geben kann. Eine Moral, die sich auf „die Reflexion auf so etwas wie die immer gesellschaftliche verfasste Gesamtheit der Menschen" bezieht und Lebensverhältnisse herstellen möchte, in denen nicht nur einem selber, sondern auch allen anderen geholfen ist. Ohne diese verallgemeinerte Moralvorstellung lässt sich eine befreite Gesellschaft nicht denken. Alleine der immanente Interessenbegriff ist dazu nicht in der Lage:

> „Ohne Moral ist […] nicht zu vermitteln, warum ein von einem Schicksal als Arbeiter bedrohter Mensch nicht andere, für ihn persönlich erfolgsversprechendere Vermeidungsstrategien verfolgen soll, als ausgerechnet seine rare Zeit und Kraft auf die Propagierung der Weltrevolution zu ‚verschwenden'. Er könnte sich als geschickter Krimineller versuchen, Lotto spielen, oder durch Fleiß, Bildung und Arschkriecherei zu einem privilegierten Sachwalter des Kapitals aufsteigen. Als Individuum kann man sich durchaus Hoffnung machen, durch Glück, Geschick oder protestantische Tugenden in die Minderheit der Profiteure des Kapitalismus aufzusteigen und empirisch haben bisher mehr Menschen im Lotto gewonnen als die richtige Weltrevolution und den aus ihr folgenden herrschaftsfreien Zustand erlebt. Der Einsicht, dass dieser Weg nur einer Minderheit vorbehalten bleiben kann, muss dann eben durch mehr Glück, mehr Geschick, mehr Skrupellosigkeit oder Tugendhaftigkeit begegnet werden. Eine rationale Abwägung der Erfolgschancen, wie man sich für seine Bedürfnisbefriedigung ein größeres Stück des gesellschaftlichen Reichtums sichern kann, bringt niemanden dazu, seine rare Freizeit mit aufreibenden Diskussionen und dem Verfassen und Verteilen von Flugblättern zu verbringen, die mehr fordern als eine arbeitgeberverträgliche Lohnerhöhung."(Zunke 2011, S. 15)

Es sei dahingestellt, ob ‚Moral' hier der richtige Begriff ist. Klar ist jedoch, das jedes Engagement für gesellschaftliche Emanzipation zunächst einmal eine zusätzliche Anstrengung für die Individuen bedeutet, die erst rational wird, wenn die gesellschaftliche Veränderung tatsächlich wie gewollt stattgefunden hat oder sich konkret abzeichnet. Sie handeln deshalb zunächst, in der Sprache der Kritischen Psychologie, im Modus der ‚restriktiven Handlungsfähigkeit'. Erst der

Modus der ‚erweiterten Handlungsfähigkeit' ermöglicht ihnen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen – doch dieser Modus setzt einen vermehrten Aufwand voraus, den zu betreiben erst einmal nicht automatisch im „Interesse" der Einzelnen liegt.

6. Theoretically Incorrect

> *„Politik und Taktik sind das Leben der Partei; die führenden Genossen aller Ebenen müssen der Politik und Taktik höchste Aufmerksamkeit zuwenden, dürfen sie unter keinen Umständen auf die leichte Achsel nehmen.“ (Theo Wentzke)*

Damit das vom GSP postulierte Interessensubjekt seine Interessen bewusst und konsequent verfolgen kann, braucht es Wissen über die Welt wie sie ist; doch darüber, wie es sich nun den „Begriff der Sache“ erschließen kann, erfahren wir in den einschlägigen Texten nichts. Diese von mir als „Primat des Wissens“ bezeichnete Annahme ist der Theorie vorausgesetzt und bringt eine in der weiteren Argumentation nicht reflektierte Vorstellung von menschlicher Subjektivität mit sich. Dabei wird das auf sich selbst zurückgeworfene bürgerliche Erkenntnis- und Wirtschaftssubjekt als überhistorische Normalität gesetzt und zur unproblematisierten Grundlage der weiteren Analyse gemacht. Die Welt wird dabei als etwas offen zu Tage liegendes konzipiert, dem sich mittels einfacher Betrachtung näher kommen lasse. Da die Dinge demnach unmittelbar greifbar vor uns liegen, lassen sie sich auch entsprechend behandeln. Gegenstände werden beliebig benennbar und rationalistische Argumente zur wichtigsten Waffe in der Agitation gegen den Kapitalismus.

Da der GSP seine Vorstellung vom Interessen-Subjekt konsequent verfolgt, begibt er sich an vielen Stellen durchaus bewusst auf‘s Terrain vermeintlicher Politischer Inkorrektheit. Das hat nicht selten die in der Einleitung zitierten Bauchschmerzen zur Folge, die gesellschaftskritische AkteurInnen mit Aussagen oder Verhaltensweisen von GSP-VertreterInnen haben. Tatsächlich sind diese Aussagen und Verhaltensweisen aber nicht einfach politisch problematisch, sondern und vor allem theoretisch falsch; genauer gesagt: sie sind logisch im theoretischen Denkgerüst des GSP angelegt. Ich möchte dies im Folgenden an zwei Beispielen darstellen.

Zunächst werden wir uns der Frage zuwenden, was der GSP unter Rassismus versteht. Dem gängigen Verständnis nach sind rassistische Positionen solche, die das Konzept unterschiedlicher biologischer Rassen auf menschliche Gesellschaf-

ten übertragen und daraus menschliche Eigenschaften ableiten. Der GSP löst den Rassismus-Begriff jedoch ganz davon ab und konzipiert ihn so, als habe der rassismuskritische Diskurs keinerlei Bedeutung.

Freerk Huisken etwa bestimmt zunächst den Begriff der ‚Rasse' analog zum dtv-Lexikon als „Ordnungsbegriff der naturwissenschaftlichen Systematik", der sich auf alles Mögliche anwenden lasse: auf Tiere und Pflanzen, aber eben auch auf Menschen. Jedwede „Bedenklichkeit" sei hier fehl am Platze.

> „Sie ist deswegen unbegründet, weil sich in der Tat die Gattung ‚Mensch' nach Rassen unterscheiden läßt; Europide, Negride und Mongolide, oder: Weiße, Schwarze und Gelbe gibt's, wenn man schon nach Hautfarbe sortieren möchte. Diese Sorte Ordnung hat insofern ihre Ordnung, als tatsächliche *natürliche* Unterschiede zum Material einer *naturwissenschaftlichen* Systematik gemacht werden." (Huisken 1987, S. 55)

Bereits diese vermeintlich objektive Bestimmung des Rassismus ist hochproblematisch. Denn die Vorstellung, Menschen ließen sich anhand von welchen Kriterien auch immer ganz ‚wissenschaftlich' in verschiedene, klar voneinander getrennte Menschengruppen einteilen, setzt bereits eine (zumeist phänotypische, also auf die Anschauung zurückgehende) Einteilung der Menschen voraus: aus der schlichten Beobachtung, wie ein Mensch aussieht, soll darauf geschlossen werden, dass er mit anderen, mit denen er einige willkürlich ausgewählte Erscheinungsmerkmale teilt, in eine Gruppe gesteckt werden könne.[34] Bevor die vermeintlich „*natürliche[n]* Unterschiede" bemerkt werden können, braucht es aber bereits die „naturwissenschaftliche[...] Systematik", mit der diese erkannt werden sollen. Und genau dies ist das Problem, auf das Hume hingewiesen und das Kant mit dem Postulat eines Transzendentalsubjekt zu lösen versucht hat: die Denkform ist immer bereits die Voraussetzung, um bestimmte Denkinhalte überhaupt ausmachen zu können. Da Huisken dies aber nicht reflektiert, erscheint ihm das, was er da sieht, ganz unmittelbar als ‚Natur'.

Die Einteilung von Menschen in Gruppen vermeintlich gemeinsamer ethnischer oder biologischer Herkunft jedenfalls ist für Huisken kein Problem. Ras-

34. Willkürlich ist diese Einteilung schon deshalb, weil sich kein objektiver Grund dafür angeben lässt, die Menschen gerade anhand des Kriteriums „Hautfarbe" zu sortieren – und nicht etwa anhand der Form ihrer Ohrläppchen.

sismus sei vielmehr eine Ideologie, die sich zweckrationalen Kriterien verdankt und sich daher recht einfach erkennen lasse:

> „Der Rassismus wird gepredigt, 1. wo die Inhaber von Herrschaftspositionen innerhalb der untergebenen Bevölkerung eine *Sortierung* vornehmen, mit der 2. ein Anspruch auf die Benutzung der Aussortierten erhoben wird [...] [und] diese Aussortierung auf gewaltsamer Grundlage für fremde, unbekömmliche Zwecke sich dadurch als berechtigte Sortierung etabliert, daß sie das Urteil bzw. die Maßnahme als eine der Natur *der Aussortierten entsprechende* vorstellt." (Huisken 1987, S. 63)

Die Ideologie des Rassismus zeichnet sich somit dadurch aus, dass eine staatlich hergestellte Hierarchie mit vermeintlichen biologischen Merkmalen der Beherrschten begründet wird. Gewonnen hat Huisken diesen Begriff scheinbar durch eine, im Übrigen äußerst oberflächliche, Auseinandersetzung mit der Sklaverei in den US-amerikanischen Südstaaten des 19. Jhds.[35] Dieses Beispiel gilt ihm als Muster dafür, was Rassismus sein soll. Tatsächlich jedoch verfügt er implizit über dieses Muster bereits, bevor er den Begriff entwickelt hat. Er hat also bereits eine ziemlich klare Vorstellung davon, was Rassismus sein soll, lässt uns darüber aber im Unklaren. Stattdessen leitet er aus einem bestimmten historischen Beispiel einige abstrakte Kennzeichen ab, die nach seiner (ebenfalls nicht weiter begründeten) Einschätzung für Rassismus konstitutiv sein sollen. Schauen wir uns dieses Vorgehen und seine Konsequenzen etwas genauer an.

Eine theoretisch begründete Abstraktion verallgemeinert nicht willkürlich bestimmte Merkmale einer Erscheinung, sondern bezieht sich auf das Wesentliche an und in ihr.

> „Eine Abstraktion abstrahiert nicht nur, in ihr steckt stets auch das normative Urteil, daß die Elemente, von denen abstrahiert wurde, für die Erklärung des in Frage stehenden Phänomens unwesentlich sind. Ihr Prinzip ist es von Unwesentlichem zu abzusehen, um Wesentliches auszusagen." (Greiff 1977, S. 10)

35. Genau genommen besteht seine Auseinandersetzung im Wesentlichen aus der Zitation eines Zitates aus der New York Daily Tribune, das Karl Marx im 3. Band des *Kapital* anführt (vgl. Huisken 1987, S. 61f. bzw. MEW 25, S. 399).

Huisken macht aber nicht einsichtig, warum gerade die von ihm ausgewählten Elemente wesentlich sein sollen, warum also alle übrigen Elemente des beschriebenen Phänomens keine Rolle spielen. Rein methodisch könnte man ihm daher vorwerfen, er schließe so von einigen willkürlich ausgewählten empirischen Gegebenheiten auf einen vermeintlichen Begriff des Rassismus; tatsächlich jedoch hat er diesen schon vorausgesetzt und tut nur so, als habe er ihn hier „wissenschaftlich" gewonnen. Mit diesem selbstreferentiellen Verfahren, das nur bestätigt, was Huisken vorher schon „in die Sache" hineingelegt hat, rechtfertigt er eine eindimensionale, zweckrationalistische Definition von Rassismus, die sich darauf reduziert, dass im Kapitalismus Menschen nach Nützlichkeit in Gruppen sortiert werden. Das ist nun zwar nicht falsch, aber eine so dünne Abstraktion, dass sie für eine spezifische Analyse des Rassismus in keiner Weise geeignet ist. Dem GSP aber kommt das gerade recht, denn so kann er ohne weitere Denkanstrengungen den Rassismus in sein simples analytisches Schema einpassen, und dieses dann auf alle Bereiche des Lebens anwenden, in denen er eine staatlich dekretierte Sortierung vorfindet, die über die vermeintliche Biologie der Beherrschten gerechtfertigt wird. Egal, ob dann Frauen eine natürliche Neigung zur Kindererziehung angedichtet (vgl. Huisken 1987, S. 56f.) oder BildungsverliererInnen eine vermeintlich fehlende Begabung unterstellt wird (vgl. Huisken 1987, S. 73f.) – immer soll es sich nun um einen Rassismus handeln.[36]

Damit wird nicht nur eine spezifische und präzise Kritik des Rassismus verbaut, hinzu kommt noch, dass die rassistische Sortierung offenbar nur dann problematisch sein soll, wenn sie vom Staat vorgenommen wird und zur Recht-

36. Diese Vorgehensweise führt so weit, den Rassismus im Nationalsozialismus primär als Rassismus gegenüber Deutschen zu kategorisieren und den Antisemitismus nur als eine Art Ableitung davon gelten zu lassen. Auf diese Weise werden aus deutschen Tätern vermeintliche Opfer: „Dabei ist Hitlers Hohes Lied auf den Arier die Konstruktion einer totalen Dienernatur, die von den anspruchsvolle Pflichten kündet, die Hitler für den ‚Herrenmenschen' vorgesehen hatte. Kampfgeist, Durchhaltevermögen, Idealismus, Härte gegen sich selbst verlangte Hitler von der deutschen Jugend als [,...] natürliche Mitgift. [...] So von der Natur dazu bestimmt, den ‚Überlebenskampf der Arten' für Deutschland zu entscheiden, stellte Hitler sich allerdings die heiße Frage, warum denn dieses Volk im 1. Weltkrieg so schmählich ‚versagt' hatte und überhaupt manchem Gewerbe nachging, das der Kampfkraft der Nation nicht eben einträglich war. Dieser Widerspruch – eine von der Natur her zur Weltherrschaft berechtigte Rasse spielt dennoch eine höchst untergeordnete Rolle in der Welt – führte Hitler auf die Suche nach destruktiven Elementen, nach Parasiten im Volkskörper [...] Auf die neben den Kommunisten zum Hauptfeind erklärten Juden ist Hitler streng nach seiner bisher vorgestellten Logik verfallen: Wenn der Herrenmensch sich dadurch auszeichnet, daß er seinen Staat zu weltweiter Herrschaft befähigt, dann gelten als Untermenschen diejenigen, die es als Volk noch nicht einmal zur Installierung einer solchen Staatsgewalt gebracht haben." (Huisken 1987, S. 68f.). Dieses argumentative Verfahren wird im Wesentlichen auch in neueren Texten und Vorträgen des GSP rekapituliert und ist insofern keinesfalls ein „Ausrutscher" des Professors aus Bremen.

fertigung von Ausbeutungsstrukturen dient. Diese extrem funktionalistische Vorstellung ignoriert jedoch weite Teile rassistischer Praxen, vor allem insofern diese nicht staatlich gedeckt werden.

Darüber hinaus werden aber auch andere Formen projektiver Abspaltung und des „Othering“ als Rassismus behandelt, die gar nichts mit der Konstruktion vermeintlicher „Rassen“ zu tun haben, wie etwa sexistische Abwertungen von Frauen oder die sozialdarwinistische Abwertung von HauptschülerInnen. Husiken verfährt hier ungefähr so, als würde er beim Betrachten einer Katze feststellen, diese sei (1) ein Tier, habe (2) vier Beine und (3) auch noch ein Fell hat und dann angesichts eines Hundes folgern, es müsse sich dabei wohl um eine Katze handeln, schließlich habe das Tier doch unbestreitbar vier Beine und auch einiges an Fell.

Hier handelt es sich recht offensichtlich um einen falsch angewendeten Syllogismus, wie man ihn eigentlich schon im Grundkurs Philosophie an der Volkshochschule zu vermeiden lernt[37] Die partiell richtige Kritik an bestimmten Aspekten des Rassismus wird dadurch derart verwässert, dass der Rassismus-Begriff nicht mehr als gesellschaftskritisches Werkzeug zu gebrauchen ist und außerdem zugleich jede spezifische Kritik an anderen identitären Konstruktionen im Meer der allgemeinsten Bestimmungen ertränkt wird.

Besonders deutlich wird das am Umgang mit Sexismus, wie ich an einem Beispiel, in dem es um sexualisierte Gewalt und deren Bekämpfung geht, kurz zeigen möchte. Anlässlich eines öffentlich diskutierten Falls dieser Art und dessen Folgen erinnerte der GSP zunächst daran, wie er unlängst definiert habe, was Strafrecht eigentlich sei:

> „Im Strafrecht regelt der Staat die Wiederherstellung des verletzten Rechts. Im Unterschied zur Festlegung privater Ansprüche […] geht es hier um die Reaktion des Staates auf Handlungen, die das Gesetz brechen.“ (Gegenstandpunkt 2008, S. 30)

Wenn nun also eine strafrechtlich relevante Handlung begangen wird und die davon betroffene Person sich an die Staatsgewalt wendet, so wird daraus gefol-

37. Gäbler hat dies als Verfahren als „MG'schen Dreisatz“ bezeichnet. Vgl. Gäbler 1985, S. 23

gert, dass hier offensichtlich der Wunsch vorherrschend ist, die Souveränität des Staates wiederherzustellen. So auch im Fall des damals 16-jährigen Marco W., der beschuldigt worden war, im Urlaub eine Vergewaltigung begangen zu haben und und von den Eltern der Betroffenen angezeigt worden war. Für den GSP stand fest:

> „Die Eltern, rachsüchtig und offenkundig mehr um die Rechts- als die Gemütslage ihrer Tochter besorgt, […] behaupten entschieden, es könne sich, trotz anderslautender Zeugenauskünfte, nur um Kindesmissbrauch und Vergewaltigung gehandelt haben.“ (Gegenstandpunkt 2007)

Dass hier möglicherweise der Wunsch vorherrschend war, die Tochter vor weiteren Übergriffen zu schützen oder zu verhindern, das noch andere Menschen von Übergriffen betroffen werden, kommt als Möglichkeit gar nicht in Betracht. Es wird einfach unterstellt, dass die Beteiligten den gesellschaftlichen Zweck der Einrichtung „Strafvollzugsbehörde“ ebenso einschätzen wie der GSP dies tut. Und so kann dann auch behauptet werden, hier sei der Wunsch nach Rache handlungsleitend gewesen.

In einschlägigen Blogdiskussionen wird die Beschränktheit dieser Sichtweise noch deutlicher. Jeder Wunsch, die Integrität der Betroffenen in den Blick zu nehmen und ihr möglicherweise Schutzräume zu gewähren, in denen sie dem Täter nicht über den Weg laufen muss, wird hier ebenfalls stereotyp als Wunsch nach Rache interpretiert. Mehr noch: zynischerweise werden derartige Forderungen sogar als „Rassismus“ markiert. Das Schlimme an Menschen, die Schutzräume für betroffene sexualisierter Gewalt fordern, sei nämlich, dass

> „sie den Rassismus mitmachen, dass jemand, der mit einer Person ohne deren Einverständnis Sex hatte, ein ‚Vergewaltiger' wäre, also jemand, in dessen Persönlichkeit es läge zu vergewaltigen, weshalb man ihn unschädlich machen müsse. Dabei wird darüber hinweggesehen, dass jede ‚Tat' stets von neuem einen Entschluss mit Gründen (die durchaus falsch sein können) bedingt. Wenn jemand einmal den Entschluss zur Vergewaltigung gefasst hat (falls das überhaupt als eine geplant war und nicht eben nur auf schlechter Kommunikation beruhte), folgt daraus eben noch überhaupt nicht, dass er es wieder machen würde.“ (Mpunkt 2007, Kommentar 27)

Weil er jede Form des Ausschlusses nur als Strafe denken kann, behauptet er, in allen diesen Fällen würde den Tätern unterstellt, die Tat läge in ihrer „Natur“. Statt also über Sexismus und sexistische Gewalt nachzudenken, wird der eigentliche Täter zu einem Opfer von „Rassismus“ umdefiniert. Hier zeigt sich noch einmal in Deutlichkeit, wie der Rassismusbegriff des GSP, gerade weil er so unspezifisch und verwässert ist, immer so verwendet werden kann, wie es eben gerade ins Argumentationsschema und die subjektive Motivlage passt. Hier dient er sogar dazu, Vergewaltigungen zu relativieren, da im Prinzip gesagt wird, Vergewaltigungen passierten halt situativ und beruhten im Übrigen auf einer rationalen Entscheidung, die „Gründe“ habe oder auf Fehleinschätzungen („schlechte Kommunikation“) beruhe, über man eben den Betreffenden aufklären müsse. Statt sich also um Schutzräume Gedanken zu machen, fordert MPunkt nun ein, die Sache mit dem Täter auszudiskutieren, damit dieser Einsicht in seine „Fehler“ (oder auch seine kommunikativen „Irrtümer“), erhält. . Auf die Frage, wie der Täter denn nun zu einer Verhaltensveränderung zu bewegen sei, wird daher diese (vor dem geschilderten Hintergrund naheliegende) Auskunft erteilt:

> „Durch Argumente, wie auch sonst. Und nein, eine Erfolgsgarantie gibt es nicht. Na und? Und auf Fehler in den Gedankengängen von Vergewaltigern dürfte man schon kommen. (Gegenfrage: wenn du keinen Fehler daran feststellen kannst, was regst du dich dann überhaupt über Vergewaltigungen auf?)“ (MPunkt 2007, Kommentar 20)

Hier schließt sich der Kreis: in einem rein auf Interessen und Zwecken basierenden Weltbild kann Gewalt und Herrschaft immer nur aus deren Verletzung erklärt werden und „Kritik“ besteht darin, darüber aufzuklären, mit dem Ziel, dass letztlich alle Menschen die wechselseitigen Nutzenkalküle anerkennen. Der Hyper-Rationalismus des GSP kippt hier in einen vollendeten Zynismus um, indem verleugnet wird, welche nicht-rationalen Antriebe Taten wie einer Vergewaltigung zugrunde liegen. Der zitierte Kommentator ignoriert systematisch die patriarchale Formatierung des männlichen Subjekts und die mit dieser einhergehende Lust an der Unterwerfung und Beherrschung der als Objekt wahrgenommenen Frauen. Solcherart Überlegungen passen nicht ins eindimensionale Denkschema des GSP. Indem er das Problem der Objektivierung durchstreicht (siehe Kapitel 3 dieser Untersuchung), kann der eigentliche Skandal unter den Tisch gekehrt und stattdessen der Standpunkt des männlichen Vergewaltigers vertreten werden. Das

ist kein nebensächlicher „Fehler“ oder „blinder Fleck“ einer ansonsten radikalen Gesellschaftskritik, wie es in der linken Szene oft verhandelt wird, sondern ein besonders hässlicher Ausdruck ihres theoretischen Reduktionismus.

7. Der doppelte Subjektivismus

> *„Das Gesetz des Widerspruchs, der den Dingen innewohnt, oder das Gesetz der Einheit der Gegensätze, ist das fundamentalste Gesetz der materialistischen Dialektik.“ (Freerk Huisken)*

Der GSP reproduziert, wie wir gesehen haben, in seiner Theorie den Subjektivismus der bürgerlichen Philosophie, ohne dabei deren erkenntnsleitenden Fragen auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Der Subjektstandpunkt der bürgerlichen Philosophie ist dabei ein doppelter: er bezeichnet (auf der Mikro-Ebene) einerseits die in der Subjektform handelnden Individuen, und (auf der Makro-Ebene) andererseits (imaginierte) Kollektivsubjekte wie Klasse oder Nation. Dieser doppelte Subjektbegriff ist dann auch der Schlüssel zum theoretischen Verständnis der Bestimmungen über die kapitalistische Gesellschaft, wie sie vom GSP vorgenommen werden.

An der Broschüre zum *Bürgerlichen Staat* lässt sich das Nebeneinander der beiden Subjektbegriffe sehr anschaulich zeigen. Im §1 heißt es zunächst:

> „Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft. Er unterwirft die Agenten der kapitalistischen Produktionsweise unter Absehung von allen natürlichen und gesellschaftlichen Unterschieden seiner Herrschaft und gewährt ihnen damit die Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sonderinteressen: Gleichheit & Freiheit.“ (Gegenstandpunkt 2008, S. 11)

Gleich zum Beginn der Analyse erscheint der bürgerliche Staat somit als allmächtiger Aktor: er unterwirft alles, was da kreucht und fleucht, seiner Gewalt. Die „Agenten der kapitalistischen Produktionsweise“ – offensichtlich als bereits existent vorausgesetzt – „unterwirft“ er und lässt sie nur insofern atmen, als sie ihren „gegensätzlichen Sonderinteressen“ im Rahmen der Konkurrenz nachgehen. Im Folgenden referiert der Text im Wesentlichen die Position des Sozialphilosophen Thomas Hobbes (1588 - 1679). Der Staat sei dazu da, gesamtgesellschaftlich Freiheit und Gleichheit durchzusetzen und er tue dies, indem er die Privatinteressen der Individuen durch allgemeine Regeln begrenze. Durch diese Begrenzung würden die Individuen dazu gezwungen, die Privatinteressen der je anderen anzuerkennen.

Es ist kein Zufall, dass sich der GSP hier (allerdings ohne es auszuweisen) auf Hobbes bezieht. Denn dieser hat als Vordenker einer frühen bürgerlichen Staatstheorie nicht nur dem Staat in Form des Monarchen einen Subjekt-Status unterstellt, er hat seine Entstehung zudem auf einen fiktiven Vertrag zwischen den Gesellschaftsmitgliedern zurückgeführt. Da ohne ihn die konkurrierenden Einzelsubjekte mordend übereinander herfallen würden, hätten sie sich entschlossen, ihre Privatinteressen zugunsten einer allgemeinen Gewalt zurücktreten zu lassen. Bei Hobbes ist dieser Vertrag nun allerdings eine Fiktion. Beim GSP hingegen bekommt dieser vermeintliche Gründungsakt durch konkurrenzwillige kapitalistische Individuen eine reale Bedeutung zugeschrieben. Der allmächtige Staat, der eben noch die Individuen unterworfen hat, mutiert nur wenige Zeilen später zum Ergebnis des kollektiven Willens der Menschen, die nun ihrerseits in den Subjektstatus wechseln:

> „Weil die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft in der Verfolgung ihres individuellen Nutzens die Schädigung der anderen betreiben, sind sie auf eine Macht angewiesen, die getrennt vom ökonomischen Leben die Anerkennung von Eigentum und Person garantiert. Ihren negativen Bezug aufeinander ergänzen sie um ihre gemeinsame Unterwerfung unter eine Gewalt, die ihre Sonderinteressen beschränkt. Neben ihren ökonomischen Geschäften sind sie politische Bürger, sie wollen die staatliche Herrschaft, weil sie ihren Sonderinteressen nur nachgehen können, indem sie von ihnen auch abstrahieren. Der bürgerliche Staat ist also die Verselbständigung ihres *abstrakt freien Willens*." (Gegenstandpunkt 2008, S. 11)

Der GSP postuliert auf diese Weise sowohl auf der gesellschaftlichen Makro-Ebene als auch auf der individuellen Mikro-Ebene ein souveränes Subjekt, das schalten und walten kann, wie es ihm beliebt. Das Verhältnis dieser beiden Ebenen wird innerhalb der Theorie nicht aufgelöst. Vielmehr stehen die beiden Aspekte begriffslos nebeneinander und können so je nach agitatorischer Notwendigkeit mobilisiert werden. Damit kann der GSP in jeder politischen Situation eine Lösung anbieten, in dem er jeweils einen der beiden Pole heranzieht.

Es kann daher nicht verwundern, dass dieser doppelte Willens-Subjektivismus mit der Marxschen Fetischkritik rein gar nichts anzufangen weiß und sie mit al-

ler Energie abwehrt, denn diese stellt ihn radikal in Frage. Bereits zu Beginn des *Kapital* vergleicht Marx die Praxis in der kapitalistischen Gesellschaft mit der in vormodernen und vermeintlich „primitiven“ Sozialwesen üblichen religiösen Praxis. Um die Kritik zu verstehen, ist es daher hilfreich, kurz daran zu erinnern, wie Marx die Religion charakterisiert hat:

> „Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion, die Relgion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point-d‘honneur, ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.“ (MEW 1, S. 378)

Die Religion ist für Marx also eine verkehrte Reflexion der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse. In Gesellschaften die vom religiösen Fetischismus geprägt sind, „scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eignem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten“ zu sein (MEW 23, S. 86). Wer sich das vorstellen möchte, denke etwa an die griechische Götterwelt mit den diversen Fehden zwischen einzelnen Göttern, die beispielsweise in Naturereignisse hineininterpretiert wurden und, der Vorstellung nach, erhebliche Auswirkungen auf die frühen griechischen Gemeinwesen zeitigen konnten. Was in diesen Gesellschaften mit den Ideen der Menschen passiere, so Marx, spiele sich ganz ähnlich auch in der kapitalistischen Gesellschaft ab, die nicht in erster Linie von einem religiösen, sondern vom Warenfetisch beherrscht sei.

> „Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebner Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit. Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austausches. Oder die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelst derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“ (MEW 23, 87)

Über diesen zentralen Absatz des Fetischkapitels ist bereits viel geschrieben worden – ich möchte mich daher an dieser Stelle auf den für die weitere Auseinandersetzung mit dem GSP relevanten Aspekt beschränken. Die Ergebnisse der individuellen Privatarbeiten, die Waren, werden von ihren ProduzentInnen miteinander in Beziehung gesetzt und ausgetauscht. Dies geschieht für gewöhnlich über die Institution des Marktes, egal ob dieser nun nach dem Prinzip der Konkurrenz oder des realsozialistischen Plans organisiert ist. Den ProduzentInnen erscheinen nun diese gesellschaftlichen Verhältnisse „als das, was sie sind“, wie Marx schreibt. Aber was ist damit gemeint? Zunächst merkt Marx an, was sie nicht sind: „unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen“. Sie sind vielmehr „vermittelt“, oder: „sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“ Die Menschen gehen ihre gesellschaftlichen Beziehungen also nicht direkt ein, sondern nur mittelbar über die Waren. Der sachliche Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse drückt sich darin aus, dass der Wechsel des Wertes zwischen seinen beiden Formen *Ware* und *Geld* einen Selbstzweckcharakter erhält: „Er geht beständig aus der einen Form in die andre über, ohne sich in dieser Bewegung zu verlieren, und verwandelt sich so in ein automatisches Subjekt“ (MEW 23, S. 168f). An den Zwängen dieser selbstzweckhaften Bewegung müssen die Menschen, die sie ihrerseits doch erst hervorgebracht haben, nun ihre Handlungen ausrichten. Und das heißt nichts anderes, als dass

sich die Ergebnisse der Handlungen gegenüber den HandlungsträgerInnen und deren Interessen verselbständigen.

In diesem Sinne kann dann auch argumentiert werden, dass die geleistete Arbeit sich ihrerseits immer wieder auf die Arbeit bezieht, und auf diese Weise Arbeit zum Selbstzweck wird. Moishe Postone hat dies sehr genau dargestellt und damit gleichzeitig erklärt, warum der Kapitalismus als Gesellschaftsform von anderen Sozialwesen historisch-spezifisch abzugrenzen ist. Er soll hier daher etwas ausführlicher zitiert werden:

> „In der warenförmigen Gesellschaft sind die Vergegenständlichungen der Arbeit des Einen die Mittel, um von Anderen produzierte Güter zu erwerben. Man arbeitet, um andere Produkte zu erwerben. Das Produkt des Einen dient den Anderen als Gut: als Gebrauchswert. Es dient dem Produzenten als Mittel, um die Arbeitsprodukte der Anderen zu erwerben. In genau diesem Sinne ist ein Produkt eine Ware: es ist zugleich ein Gebrauchswert für die Anderen und ein Tauschmittel für den Produzenten. Dies bedeutet, daß die Arbeit des Einen eine zweifache Funktion hat: einerseits ist sie eine spezifische Art der Arbeit, die besondere Produkte für Andere produziert. Andererseits dient Arbeit, unabhängig von ihrem besonderen Inhalt, dem Produzenten als Mittel, die Produkte Anderer zu erwerben. Mit anderen Worten: in der warenförmigen Gesellschaft wird Arbeit auf ganz besondere Weise zum Mittel, Güter zu erwerben. Hinsichtlich der Produkte, die die Käufer dank ihrer Arbeit erwerben, *abstrahieren* sie von der Besonderheit der Arbeit der Produzenten. Es besteht keine innere Beziehung zwischen der spezifischen Beschaffenheit der verausgabten Arbeit und der spezifischen Beschaffenheit des Produkts, das mittels dieser Arbeit erworben wird. […]
> *Arbeit selbst konstituiert eine gesellschaftliche Vermittlung anstelle transparenter gesellschaftlicher Verhältnisse.* Eine neue Form von Interdependenz entsteht: Niemand konsumiert, was er produziert, und dennoch fungiert die Arbeit des Einen – oder deren Produkte – als das notwendige Mit-

> tel, um Produkte von Anderen zu erhalten. Damit besetzen die Arbeit und ihre Produkte im Resultat die Funktion der Vermittlung anstelle manifester gesellschaftlicher Verhältnisse. Statt durch transparente oder ‚erkennbare' gesellschaftliche Verhältnisse vermittelt zu sein, wird die warenförmige Arbeit durch eine Reihe von Strukturen vermittelt, die sie, wie wir noch sehen werden, selbst konstituiert. Im Kapitalismus vermitteln sich die Arbeit und ihre Produkte selbst: sie sind gesellschaftlich, sich selbst vermittelnd. Diese Form gesellschaftlicher Vermittlung ist einzigartig: Nach Marx läßt sich allein schon aufgrund dieser Form die kapitalistische Gesellschaft von allen anderen bestehenden Formen gesellschaftlichen Lebens hinreichend unterscheiden, so daß letztere so aufgefaßt werden können, als hätten sie gemeinsame Merkmale: sie können als ‚nicht-kapitalistisch' definiert werden, wie sehr sie sich sonst auch unterscheiden mögen." (Postone 2003, S. 230f.)

Aus der Perspektive des GSP enthält diese Passage alles, was eine falsche Theorie auszeichnet: hier wird eine Aussage über die Welt getroffen, ohne zu schauen, welche Interessen hinter dem ständigen Austausch stehen und es wird hier auf die Ebene einer vermeintlichen „Form" abgehoben, in der die Menschen einfach nur einem Selbstzweck nachgehen. Da wären sie ja schön blöd!

Etwas populärer drückt die *Gruppe Krisis* diese Position im *Manifest gegen die Arbeit* aus:

> „In der Sphäre der Arbeit zählt nicht, was getan wird, sondern daß das Tun als solches getan wird, denn die Arbeit ist gerade insofern ein Selbstzweck, als sie die Verwertung des Geldkapitals trägt – die unendliche Vermehrung von Geld um seiner selbst willen. Arbeit ist die Tätigkeitsform dieses absurden Selbstzwecks. Nur deshalb, nicht aus sachlichen Gründen, werden alle Produkte als Waren produziert. [...] Darin besteht der Mechanismus der verselbständigten gesellschaftlichen Tretmühle, in der die moderne Menschheit gefangengehalten wird." (Krisis 1999)

Ohne auf die bereits diskutierte Formproblematik einzugehen, wird diese Passage von der in Göttingen beheimateten *Gruppe 3* (die sich auf den GSP bezieht) kritisiert:

> „Das wäre zwar eine ziemlich dämliche Gesellschaft, aber mal angenommen, es wäre so: wo wäre eigentlich das Problem? […] Wenn Arbeit der ganze Zweck ist, dann würden die Leute arbeiten und arbeiten und nochmals arbeiten, und nichts könnte sie daran hindern, immer wieder zu arbeiten – schon gar nicht der Zweck (die Arbeit) selbst. […] (Die Leute würden halt einfach am einen Tag Gruben ausheben, um sie am nächsten Tag wieder zuzuschütten, um sie am nächsten Tag wieder auszuheben, um sie dann wieder...)“ (Gruppe 3)[38]

Die Gruppe 3 ihrerseits scheint den Kapitalismus offensichtlich für eine schlaue Angelegenheit (jedenfalls nicht für eine „ziemlich dämliche Gesellschaft“) zu halten. Aber es stellt sich nur auf den ersten Blick die Frage, ob hier nicht eher die Intelligenz der VerfasserInnen zur Diskussion stehen sollte. Denn hier ist lediglich konsequent aus der Perspektive einer auf bewusste Zwecke und gewusste Interessen reduzierten Theorie formuliert, dass die Ebene gesellschaftlicher Formbestimmungen offensichtlich nur als „Quatsch“ gedacht werden kann. Arbeit gilt hier als reines „Mittel“ für einen außer ihr liegenden Zweck – nämlich den Wohlstand der KapitalistInnen zu mehren. Dass Zweck und Mittel zusammenfallen könnten, gilt der *Gruppe 3* als unmöglich und wird daher als „Fehler“ markiert:

> „Sicherlich, es stimmt, daß es immer mehr Arbeitslose gibt, also viele Leute außerstande gesetzt werden, sich ihr wenig haltbares Eigentum zu verschaffen. Aber das ist eben ein erster Hinweis darauf, daß die Arbeit nur unter ganz bestimmten Bedingungen stattfindet, und das heißt, daß sie dann auch nicht selbst Zweck, sondern Mittel zu etwas ist.“ (Gruppe 3)

Genau genommen widerlegt die Passage gar nichts. Denn, dass die Arbeit Mittel ist, wurde ja nie bestritten. Es wurde lediglich hinzugefügt, dass sie als Instanz gesellschaftlicher Vermittlung *auch* der (Selbst-)*Zweck* der ganzen Veranstaltung ist. Gleichzeitig geriert sich der Einwand, der keiner ist, aber als brillante Erkenntnis, als ein Argument, das doch mal zu prüfen wäre. Aus dem Blickwinkel, mit

38. Tatsächlich hat sich J. M. Keynes genau dieses Vorgehen bereits im vorigen Jahrhundert als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit vorgeschlagen.

dem der GSP die Welt betrachtet, ist dieses Argument tatsächlich auch schlagend. [39] Wenn ich mit der Vorannahme an die Welt herangehe, dass kapitalistische Lohnarbeit das Mittel ist, um die Zwecke der KapitalistInnen zu bedienen – dann ist der Hinweis, dass hier Zwecke und Mittel nicht so benannt werden, wie sie a priori bestimmt wurden, sicherlich richtig. Nur taugt dieser Einwand eben nichts zur Kritik einer Theorie, die ja eben das in Frage stellt. Jede theoretische Befassung des GSP mit der Fetisch-Problematik folgt diesem Muster. Stets werden die Willensmetaphysik und die zwecksetzenden, interessengeleiteten Individuen fokussiert. Und der Marx'sche Fetischismus, so wird dann unterstellt, gehe eben in dieser Beschreibung auf. So schreibt etwa Peter Decker in einem Thesenpapier anlässlich einer Diskussion mit Michael Heinrich:

> „Auf Basis des politischen Zwangs zum Verkehr als Privateigentümer zwingen die Akteure einander die Logik und die Konsequenzen ihrer Erwerbsquellen dadurch auf, dass sie sie in Konkurrenz zu einander betätigen: Anbieter der gleichen Warenart konkurrieren um dieselben Nachfrager und bekommen von der Gesamtheit der Anbieter und Nachfrager, ‚dem Markt', mitgeteilt, was ihr Angebot wert ist. Die Rückwirkung des eigenen Interesses auf den kapitalistischen Akteur, dadurch, dass andere dasselbe Interesse verfolgen, bringt dabei weder neue oder noch andere Zwecke in die Welt, als in den Erwerbsquellen, die die Akteure betätigen, selbst schon stecken. Mit dem Zweck der Geldvermehrung durch Einsatz seines Eigentums tritt der Kapitalist, mit dem Zweck des Geldverdienens durch Arbeit tritt der Arbeiter schon in die Konkurrenz ein, weil andere mit denselben Interessen ihm aber den Markt, die Arbeitskräfte, den Arbeitsplatz streitig machen, *zwingen sie einander, nicht den Zweck, aber die Messlatte des Erfolgs ihrer Zweckverfolgung auf* […]. Jedem einzelnen treten so die Erfolgsbedingungen seines kapitalistischen Interesses und die Mittel, die er dafür ergreifen muss, als äußere Fakten und Sachzwänge gegenüber, denen er genügen muss, um Erfolg zu haben." (Decker 2012, S. 2).

39. Dies Vorgehen entsprechend dem üblichen Kritik-Typus des GSP, bei dem die Dinge aus einer so verqueren Perspektive dargestellt werden, dass sie den RezipientInnen zunächst als offensichtlich absurd vorkommen müssen. „Niemand kommt bei der Lektüre der entsprechenden Verrisse darauf, wie nur minimal vernünftige Menschen solche Bücher hatten verfassen können." (Creydt 2015, S. 216)

Die aus der Verselbständigung entstehenden Zwänge tauchen hier lediglich als die „Messlatte des Erfolgs“ auf, die sich die Warensubjekte gegenseitig aufzwingen. Das einzige auf diese Weise diskutable Problem wäre dann die Tatsache, dass die individuellen Kapitale im Produktivitätswettlauf mit ihren KonkurentInnen stehen und so angehalten sind, mindestens genauso effizient zu produzieren wie diese. „Um den angestrebten Überschuss über ihre Kosten zu erzielen, müssen sie die Kosten ihrer menschlichen und sachlichen Produktionsfaktoren senken und die einmal bezahlten Faktoren möglichst ausgiebig nutzen.“ (Decker 2012, S. 2)

Diese „ausgiebige Nutzung“ geht nun allerdings auch mit einer beständigen Rationalisierung der betrieblichen Prozesse einher, die dazu führt, dass es immer weniger Arbeitskräfte braucht, um dieselbe Menge an Waren zu produzieren. Sobald sich aber dieses neue Produktivitätsniveau gesellschaftlich verallgemeinert hat, kommt es zu der Situation, dass die insgesamt verausgabte Arbeitszeit (bei unterstellter gleichbleibender Gütermenge) sinkt und damit auch die produzierte Wertmasse niedriger ausfällt als in der vorherigen Periode. Was also für die einzelnen Unternehmen ein Mittel ist, die eigenen Profite zu erhöhen und einen Extra-Mehrwert einzuheimsen, steht im Widerspruch zum gesamtgesellschaftlichen Prozess der Kapitalverwertung. Das ist allerdings solange unproblematisch im Sinne dieses Prozesses, solange der Rationalisierungseffekt durch eine Ausdehnung der produzierten Warenmasse kompensiert wird, also durch ‚Erweiterungsinvestitionen’ neue Verwertungsmöglichkeiten für das anlagesuchende Kapital geschaffen werden.

Bis zu diesem Punkt wird der GSP möglicherweise noch folgen können, weil sich diese Prozesse als direkte Folge der Konkurrenz, also des Aufeinanderwirkens gegensätzlicher Partikularinteressen, interpretieren lassen. Doch der Schluss, dass daraus eine strukturelle oder gar eine fundamentale Krise der Kapitalverwertung resultieren könnte[40], muss aus seiner Perspektive als gänzlich

40. Tatsächlich ist die Konkurrenz nur die vermittelnde Erscheinungsform einer basalen historischen Entwicklungstendenz, die dazu führt, dass der Wertmaßstab ständig neu definiert und letztlich die Arbeit als Hauptproduktivkraft durch die Anwendung des Wissens auf die Produktion abgelöst wird (vgl. Postone 2003, S. 431 ff.), woraus notwendig eine fundamentale Krise der Kapitalverwertung resultiert. Diese historische Dimension der kapitalistischen Entwicklung passt jedoch prinzipiell nicht in das mechanistische und unhistorische Weltbild des GSP. Deshalb muss ihm eine Analyse, die konstatiert, dass der Kapitalismus sich seit dem Aufkommen der dritten industriellen Revolution in einer fundamentalen Krise befindet und der die kapitalistische Dynamik daher schon seit über dreißig Jahren nur noch durch die Akkumulation des fiktiven Kapitals getragen wird, als völlig undenkbar erscheinen (vgl. Lohoff/ Trenkle 2012; Lohoff 2013).

falsch erscheinen – wird hier doch unterstellt, dass die Willenssubjekte (kapitalistische UnternehmerInnen, staatliche Eliten) sich mit ihrem Handeln selber in die Bredouille bringen. Dementsprechend harsch fällt dann auch das Urteil aus, in diesem Falle verkündet von Freerk Huisken:

> „Als ob der Kapitalist nicht Arbeit ausbeuten, also die Mehrarbeitszeit immer weiter über die notwendige Arbeitszeit hinaus ausdehnen, sondern Arbeiter loswerden will; als ob dessen Reichtum statt auf akkumulierter Mehrarbeit, vielmehr auf der Entfernung von Arbeitern aus der Fabrik gründet. Es paßt ja auch wirklich nicht ins Bild vom endgültigen Ende des Kapitalismus, daß die Entlassung von Arbeitern entweder nur das Mittel oder das Resultat von Konkurrenz-Kalkulationen sind: Gefeuert wird zum einen, um die Benutzung der verbleibenden Arbeit effektiviert fortzusetzen, um also aus einer verringerten Masse von Arbeitern immer mehr Arbeit pro Stunde, Tag oder Woche herauszuholen. Entlassungen stehen zum anderen für die Niederlage eines Unternehmens in eben dieser Konkurrenz, deren Kehrseite eben der Sieger ist, der über das Kassieren von Marktanteilen nun zu neuer Größe anwächst. [...]

Keine Sorte von Entlassungen verweist auf ein definitives Ende jeder Beschäftigung. Bei jeder Entlassung geht es in irgendeiner Weise darum, den Arbeitseinsatz dort oder anderswo lohnender zu machen. Es scheitert das Kapital eben nicht, wenn es Arbeiter auf die Straße setzt. Es scheitert nur mal wieder der Versuch von Lohnarbeitern, vom Verkauf ihres Arbeitsvermögens zu leben. Und dieser Versuch scheitert allein deswegen, weil das Maß dieser angeblichen Arbeitsgesellschaft gar nicht Beschäftigung, sondern rentable Arbeit ist. Arbeit muß eben fürs Kapital lohnend sein oder sie findet nicht statt. (Huisken 1999)

Huisken verfährt hier ganz ähnlich wie die oben zitierte Gruppe 3. Er setzt beharrlich Dinge in einen vermeintlichen Gegensatz, in dem sie zwar in seiner Theorie, nicht aber in dem kritisierten Ansatz stehen. Er abstrahiert sogar konsequent davon, dass die Konkurrenzlogik Ergebnisse hervorbringen kann, die den Intentionen der Handelnden entgegenlaufen – obwohl sich diese einfache Einsicht prinzipiell auch in einem mechanistischen Weltbild gewinnen ließe. Solange es aber irgendwo noch ein Unternehmen gibt, das Gewinne abwirft, ist

für Huisken alles im Lot auf dem Boot. Dieses Kunststück gelingt ihm, indem er die Marx‘sche Kritik der Politischen Ökonomie auf die Ebene des betriebswirtschaftlichen Standpunkts herunterbricht. Was die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen darüber hinaus auf der Ebene der Akkumulation des Kapitals für Folgen haben, kommt ihm gar nicht erst in den Blick, weil seine theoretischen Prämissen diese Ebene ausblenden.

Dass es keine Krise geben kann, weil diese ja nicht im Interesse der EntscheidungsträgerInnen liegt, ist der Argumentation ebenso vorausgesetzt wie die Vorstellung von allgemein wirksamen Naturgesetzen in der naturwissenschaftlichen Forschung. Insofern behandelt der GSP tatsächlich, wie von Decker eingefordert, die Zwecke der Menschen als Pendant zum naturwissenschaftlichen Gesetz. Und ein solches „Gesetz“ lässt sich, als stets gegebene Voraussetzung des Denkens, nicht widerlegen. So wie in den Naturwissenschaften jede Widerlegung als „Störfaktor“ behandelt würde (vgl. Greiff 1977, S. 57 - 67), erscheinen kontrafaktische Verhaltensweisen hier als Fehler oder Täuschung, keinesfalls aber als Widerlegung der Vorstellung, alles ginge in Zwecken und Interessen auf.

Diese ‚Logik’ findet sich auch in der Kritik, die der GSP unlängst am linksradikalen *Ums-Ganze-Bündnis* verfasst hat. Das Bündnis hatte in einer Broschüre mit dem Titel „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“ den „kapitalistischen Normallvollzug“ zu kritisieren versucht. Es hatte dabei den Staat als relevanten Akteur in der kapitalistischen Ökonomie bestimmt, dabei jedoch zugleich auf die Grenzen der staatlichen Handlungsmacht verwiesen:

> „Im Rahmen dieser staatlich garantierten Formbestimmungen entwickelt sich das Kapitalverhältnis als umfassendes System gesellschaftlicher Abhängigkeiten. Das gilt für die ökonomischen Beziehungen der Bürger eines Staates wie für dessen eigenes nationalökonomisches Schicksal als Standort einer globalisierten Kapitalverwertung. […] Politische ‚Spielräume’ werden so durch den allgemeinen Verwertungszwang und dessen besondere Konjunkturverläufe definiert, die politisch eben nicht beliebig gestaltbar sind.“ (Ums Ganze 2009, S. 31f.)

Dieses Argument ist weniger spezifisch als die oben skizzierte Krisentheorie, verweist aber auch, auf einer sehr allgemeinen Ebene auf die Handlungsgrenzen

für das Makro-Subjekt „Staat". Hierin kann der GSP nun aber nichts weiter entdecken als einen Fehler, der aus einer falschen Bestimmung des Staates erwachsen sein soll:

> „Auch die Schöpfer der kapitalistischen Ordnung unterliegen der Omnipotenz des Systemzwangs, dem nichts und niemand auskommt. […] Heraus kommt bei ihnen eine politische Ökonomie des Kapitalismus, die den Gewaltmonopolisten als abhängiges Derivat seiner eigenen Machenschaften durchschaut und dem Souverän Ohnmacht gegenüber seinem eigenen Werk attestiert. Goethes Zauberlehrling lässt grüßen […]. Als ‚Souverän' anerkannt, kann so ein Subjekt höchster Machtvollkommenheit gar nicht so schalten und walten, wie es an sich doch von ihm zu erwarten wäre! Zumindest scheinen die Staatskritiker diesbezüglich über einen gewissen Erwartungshorizont zu verfügen – anders kämen sie ja wohl nicht zu dem niederschmetternden Befund, dass Staaten, die ja auch ihrer Auffassung nach um ihren Vorteil konkurrieren, ihren Egoismus als Zwangsdiktat am eigenen Leib erfahren […]" (Gegenstandpunkt 2013b, S. 140

Ganz deutlich und unmissverständlich wird hier der unbedingte und absolute Subjektstatus des Staates betont. In einem souveränen Akt schafft dieser die Rahmenbedingungen, in denen er tut, was er will – da wäre er doch schön blöd, wenn er sich dabei selber systemische Zwänge herbeikonstruieren würde! In seiner der Aufklärung entnommenen, aber bis zur Karikatur zugespitzten Subjektemphase unterstellt der GSP, dass das Subjekt (sei es nun der Kapitalist oder der Staat) nicht nur vorhat, die Welt auf eine offen zu Tage liegende Weise und zum eigenen Nutzen einrichten, sondern das auch tatsächlich vermag. Zwänge, die es dabei erfährt, können demnach maximal aus den Interessen konkurrierender Subjekte (seien es nun andere Kapitalisten oder andere Staaten) entstehen, also durch die Mechanik der Konkurrenz. Aber selbst die erzeugt allenfalls kurze Störungen des normalen Betriebs, die ohne Weiteres beseitigt werden können. Aus dieser Perspektive erscheint jede Formkritik, die auf der blinden Dynamik der kapitalistischen Vergesellschaftung insistiert, den Fehlern aufzusitzen, die von bürgerlicher Politik und Wissenschaft vorexerziert wurden. Dementsprechend wirft der GSP dann dem Ums-Ganze-Bündnis auch eine Nähe zum bürgerlichen Mainstream vor:

> „Fast möchte man den Autoren raten, einmal einen Blick in die Zeitung zu werfen. Aber so, wie sie geistig drauf sind, würde das nicht viel nützen: Sie reden zwar über eine Politik, die ‚gestaltet', aber man liegt eben ganz verkehrt, bei diesem Wort an die Sachen zu denken, die da von wem und mit welchem Interesse und aus welchem Grund ‚gestaltet' werden. Da müsste man sich ja schon mit *denen* befassen – die Autoren aber wollen allen Zeugnissen der politischen Gestaltungskraft bürgerlicher Staaten nach innen wie nach außen nur immer wieder den Beweis dafür entnehmen, dass hier Subjekte einem subjektlosen Zwang unterliegen und für sie deswegen so gut wie gar nichts *‚beliebig gestaltbar'* ist. Gewöhnlich pflegen die *Apologeten* der bürgerlichen Staatsgewalt unter dem Stichwort der ‚Globalisierung' Schranken und Sachzwänge heranzuziehen, um den praktizierten nationalen Egoismus als zwingendes Gebot der Umstände zu rechtfertigen, zu dem es keine Alternative gibt – hier sind es die Staats*kritiker*, die dessen Unausweichlichkeit beteuern wollen und dazu dasselbe ‚Argument' bemühen, das die bürgerlichen Ideologen als Entschuldigungsgrund für alles hersagen." (Gegenstandpunkt 2013, S. 141)

Neben dem altbekannten Vorwurf, es würden allgemeine Aussagen über die Welt gemacht, statt sich konkrete Ausbeutungsverhältnisse anzuschauen, finden wir hier einen weiteren Aspekt sehr plakativ vorgestellt: Verweise bürgerlicher Wissenschaft etwa auf „Sachzwänge" kapitalistischer Konkurrenz werden dahingehend kritisiert, dass es sich bei ihnen um Rechtfertigungsversuche handeln würde, mit denen das eigene finstere Treiben schöngeredet werden soll; also handelt es sich hier immer nur um einen bewussten Akt der Verdummung zur Aufrechterhaltung eigener Privilegien. Nun steht außer Frage, dass sogenannte Sachzwänge tatsächlich oft behauptet werden, um partikulare Interessen zu verschleiern und zu legitimieren, und deshalb auch jeweils konkret zu hinterfragen sind. Für den GSP mit seinem auf die Oberfläche der Erscheinungen begrenzten Erkenntnishorizont ist damit aber schon alles gesagt – hierin nicht unähnlich dem Stammtischgerede des „gesunden Menschenverstandes", der sich auch immer schon damit zufrieden gibt, dass letztlich alles auf irgendwelche Profitinteressen zurückzuführen ist, gegen die der „kleine Mann" nichts ausrichten kann. Was der Stammtisch ebenso wenig wie der GSP begreifen kann oder will, ist, dass diese Interessen selbst

nicht nur als Form gesellschaftlich konstituiert sind, sondern das dieser Konstitutions- und Formzusammenhang einer gegenüber den HandlungsträgerInnen verselbstständigten Dynamik unterliegt und ihnen grundlegende, verdinglichte Zwänge auferlegt, die jenseits ihres Wollens angesiedelt sind.

Marx hat im Fetisch-Kapitel im Anschluss an die oben bereits zitierte Passage darauf aufmerksam gemacht, wie der bürgerliche Verstand dem Schein der gesellschaftlichen Formen aufsitzt:

> „Es steht daher dem Werte nicht auf der Stirn geschrieben, was er ist. Der Wert verwandelt vielmehr jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Später suchen die Menschen den Sinn der Hieroglyphe zu entziffern, hinter das Geheimnis ihres eignen gesellschaftlichen Produkts zu kommen, denn die Bestimmung der Gebrauchsgegenstände als Werte ist ihr gesellschaftliches Produkt so gut wie die Sprache. Die späte wissenschaftliche Entdeckung, daß die Arbeitsprodukte, soweit sie Werte, bloß sachliche Ausdrücke der in ihrer Produktion verausgabten menschlichen Arbeit sind, macht Epoche in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, aber verscheucht keineswegs den gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Charaktere der Arbeit. Was nur für diese besondre Produktionsform, die Warenproduktion, gültig ist, daß nämlich der spezifisch gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit besteht und die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte annimmt, erscheint, vor wie nach jener Entdeckung, den in den Verhältnissen der Warenproduktion Befangenen ebenso endgültig, als daß die wissenschaftliche Zersetzung der Luft in ihre Elemente die Luftform als eine physikalische Körperform fortbestehn läßt.“ (MEW 23, S.88)

Marx argumentiert hier dahingehend, dass die Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung den Handelnden in gewisser Weise zwar auffallen, damit aber noch lange nicht als historischspezifische verstanden seien. So hätten zwar Adam Smith und David Ricardo die Arbeit als Basis des Werts bestimmt, allerdings hätten sie diese Annahme sogleich in die Geschichte zurückprojiziert: schon immer soll es den Wert und die wertschaffende Potenz der Arbeit gegeben haben. Damit erschienen die mit dem Wert gesetzten Zwänge jedoch als Naturgesetze oder als

allgemeinmenschliche Notwendigkeiten – und eben das sei der zentrale Fehler der bürgerlichen Ökonomen. Da der GSP nun aber selbst diesem Schein aufsitzt, kann er seinerseits die Fehler der VWL nur wahlweise auf persönliche Interessiertheit oder auf bloße Dummheit zurückführen. Zugleich wird die formkritische Ebene der Marx'schen Argumentation ersatzlos gestrichen. In einer Auseinandersetzung mit der Marx-Lektüre von Michael Heinrich kritisiert der GSP Heinrich gerade dafür, dass er auf eben diesem Aspekt insistiert:

> „So wird es ja auch sein, wenn ein ‚Bewusstsein' einen Fehler macht und die Welt verkehrt sieht. Bei Heinrich hingegen soll es vom Objekt, das es sich per Erfahrung und Nachdenken theoretisch aneignet, so umfassend falsch gepolt sein, dass es selbst gar keinen Fehler und Irrtum mehr enthält, auf den es zu stoßen wäre. Wie vor ihm andere hält er das notwendig falsche Bewusstsein für eine Leistung des Objekts – und nicht für eine Tat des Verstandes – und als vom Objekt diktiertes Denken für dermaßen notwendig, dass nichts Falsches an ihm mehr übrig bleibt". (Gegenstandpunkt 2008, 110)

Hier wird die Motivation der Kritik besonders deutlich: gegenüber einer theoretischen Praxis, die auf dem Primat des Wissens und der mit ihm verbundenen Apologie des bürgerlichen Erkenntnissubjekts beruht, stellt die wertkritische Interpretation der Marx'schen Position eine radikale Kritik dar. Die gesamte, zum Beginn dieser Untersuchung dargelegte Konzeption politischer Agitation wäre hinfällig, könnte „der Verstand" nicht qua eigener Leistung unmittelbaren Zugang zu den Dingen finden und ohne Weiteres entscheiden, was falsch oder richtig ist. Um diese brettflache erkentnnistheoretische Position zu behaupten, ist jede billige Verdrehung der Argumente reflektierterer Positionen recht. So wird hier behauptet, Heinrich unterstelle „dem Objekt", es habe willentlich eine „Leistung" vollbracht und dem Subjekt das Denken diktiert. Es versteht sich fast von selbst, dass sich der GSP gar nicht erst die Mühe macht, nachzuweisen, dass Heinrich tatsächlich solchen Unfug vertritt[41]. Vielmehr ist die eigene Selbsterhaltung schon immer Programm.

41. Zur treffenderen Kritik an der von Heinrich vertretenen Lesart der Marxschen Theorie vgl. Lohoff 2013 sowie Samol 2013

8. Kinder der Postmoderne

> *„Kommunismus ist nicht Liebe. Kommunismus ist der Hammer, mit dem wir den Feind zerschlagen." (Jonas Köpper)*

Die Kategorie des Interesses ist beim GSP die zentrale Kategorie, um gesellschaftliche Widersprüche und soziale Kämpfe zu beschreiben. Nicht nur Arbeitgeber[42] und Arbeitnehmer, auch Mieter und Vermieter, Gläubiger und Schuldner werden in schöner Regelmäßigkeit als ZeugInnen eines allseitigen Interessenkampfes herbeizitiert. Nun stellte auch der traditionelle Marxismus die Kategorie des Interesses in den Mittelpunkt, doch hier war diese noch auf den Standpunkt der Arbeit bezogen. Die Arbeit spielte die Rolle einer allseitigen Vermittlung zur Herstellung einer kollektiven Subjektivität: durch die gemeinsamen Erfahrungen als ArbeiterInnen konnten diese ihre Opposition zum Kapital erkennen und in politische Aktivität verwandeln. Der GSP setzt an die Stelle der Arbeit nun das Wissen: erst das Wissen soll in der Lage sein, die gemeinsamen Interessen zu vermitteln und stellt somit die Basis für die soziale Emanzipation dar. Damit streicht der GSP faktisch auch die positive Besetzung des traditionell-marxistischen Großsubjekts Arbeiterklasse durch, auch wenn dieses immer noch abstrakt angerufen wird. Was dann noch übrig bleibt, sind im Grunde die auf ihre nackten Interessen zurückgeworfenen Einzelnen, an die permanent appelliert wird, sie sollten doch endlich erkennen, dass eben diese Interessen „systematisch geschädigt" werden.

Darin reflektiert sich, dass mit dem „Neoliberalismus" die abstrakte Individualisierung weitgehend durchgesetzt worden ist. Die Einzelnen nehmen sich in erster Linie als Interessensmonaden wahr, die ihr Leben in der eigenen Hand halten und dabei von nichts abhängig sind als dem Willen, aus ihrem Leben etwas zu machen. Zugleich hat mit dem Aufstieg des Wissens zur wichtigsten Produktivkraft insbesondere in den kapitalistischen Zentren die Aneignung von Wissen als Schlüssel zum gesellschaftlichen Erfolg für die Individuen enorm an Bedeutung gewonnen. Das populäre Gerede von der „Wissensgesellschaft" und die Kette von „Bildungsreformen" gerade in Deutschland verweist darauf. Der GSP erweist sich also in dieser Hinsicht durchaus als Kind seiner Zeit. Seine

42. Keine Frage: Für den GSP gibt es keine Frauen.

Position lässt sich insofern auch interpretieren als unbewusste Reaktionsform auf die Transformationen des kapitalistischen Gesamtgefüges seit den 1970er Jahren, die sie aber nicht etwa kritisch analysiert, sondern in pseudo-kritischer Form reflektiert. Sowohl das Auftreten der *Neuen Sozialen Bewegungen* als auch die in den 1970er Jahren einsetzende *Krise der Arbeit* haben den traditionellen Marxismus vor Herausforderungen gestellt, an denen dieser letztendlich gescheitert ist. Durch die im Laufe der 1970er und 1980er Jahre immer offensichtlicher werdenden Krisenprozesse standen sowohl die positive Fokussierung auf die Arbeit als auch der im traditionellen Marxismus stets enthaltene Fortschrittsoptimismus zur Disposition. Gleichzeitig wurde deutlich, dass auch in der Welt der sozialen Kämpfe eine Transformation im Gange gekommen war, durch welche die Hegemonie der ArbeiterInnen-Bewegung in Frage gestellt werden sollte.

Die Reaktionen darauf im gesellschaftskritischen Diskurs fielen unterschiedlich aus. So ging der im französischen und englischsprachigen Raum vorherrschende Poststrukturalismus mit einer weitgehenden Absage an die Marx‘sche Theorie einher; in Deutschland entwickelten sich verschiedene Strömungen einer neuen Interpretation des Marx‘schen Werkes, die meist an die Kritische Theorie anknüpften. Auch der GSP ging scheinbar den Weg einer Neulektüre von Marx, die sich beim genaueren Hinsehen allerdings als völlig unkritisch-traditionalistisch entpuppt. Während in weiten Teilen der neueren Marxinterpretationen die Formproblematik kapitalistischer Vergesellschaftung zumindest in den Blick genommen wurde, beschränkt sich der GSP auf die Ebene einer selbst im Verhältnis zum traditionellen Marxismus besonders platten Interessensmetaphysik. Einerseits ist er darin bereits Ausdruck der sich in der Krise der Arbeit manifestierenden Krise der fortschrittsoptimistischen Geschichtsphilosophie, andererseits will er aber von den dahinter liegenden Krisenprozessen nichts wissen. Zugleich wird aber der Traditionalismus des GSP durch einige theoretische Pirouetten verschleiert. Während traditionell-marxistische Positionen häufig einen emphatischen Bezug auf Staat und Partei als GeburtshelferInnen des Kommunismus an den Tag legten, hat der GSP mit diesen Vorstellungen scheinbar aufgeräumt. Das passt in eine Zeit, in der sowohl die systemimmanenten Umverteilungskämpfe an die Grenzen ihrer Durchsetzbarkeit gestoßen sind, in der sozialdemokra-

tische Parteien keine sozialen Verbesserungen für ihre Klientel mehr erringen konnten und in der das faktische Ende von staatlicher Gestaltungsmacht durch Verschuldung und Globalisierung[43] offensichtlich wurde. Doch so sympathisch die staatskritischen Ausführungen des GSP zunächst erscheinen mögen, sind sie doch durch das eigene theoretische Paradigma keinesfalls gedeckt.

Seine Kritik am bürgerlichen Staat läuft im Grunde darauf hinaus, dass dieser die kapitalistische Herrschaft absichert – was für sich genommen ja nicht falsch ist. Da der Staat aber zugleich als ein allmächtiges Subjekt imaginiert wird, findet der GSP konsequenterweise nichts an ihm auszusetzen, wenn er nur die Interessen aller Menschen zu seinem Zweck macht und sich insofern „vernünftig" verhält. Das war in den 1980er Jahren noch offensichtlicher, als mit dem Realsozialismus eine scheinbare Systemalternative zur Verfügung stand, die von der damaligen MG im Wesentlichen dafür kritisiert wurde, dass sie nicht wirklich Ernst mache mit ihren Prinzipien. Dementsprechend meldete die MG zum Deutschland-Besuch von Leonid Breshnew auch eine Demonstration an, in der die Sowjetunion lediglich in diesem Sinne „konstruktiv" kritisiert wurde (vgl. Marxistische Gruppe 1981). Auch in ihren umfangreichen ‚Systemvergleichen' aus jener Zeit wird deutlich, für wen das Herz zu schlagen hat (vgl. exemplarisch Marxistische Gruppe 1982).

Es ist dabei auch kein Zufall, dass es hier nicht um die konkreten Bedürfnisse der Menschen geht, sondern um ihre „Interessen", die der GSP aufgrund seiner Analyse des Kapitalverhältnisses zu kennen vermeint. Was die Menschen wirklich wollen und wie es ihnen dabei geht, wenn ein „sozialistischer Staat" über ihren Kopf hinweg ihr Leben verplant, spielt dann keine Rolle mehr. Dass der den Kapitalismus konstituierende Widerspruch von vereinzelter Individualität und abstrakter Allgemeinheit der Gesellschaft im Realsozialismus nicht aufgehoben, sondern nur anders organisiert war, kommt dem GSP nicht einmal in den Sinn. Vielmehr affirmiert er die darauf beruhenden Herrschaftsstrukturen. Wenn die Organisation oder der Staat erkannt hat, was richtig ist, dann wird das aufge-

43. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der bereits im vorigen Kapitel angedeuteten Krise der Verwertung, die sowohl eine Aufblähung des von Marx so genannte fiktiven Kapitals als auch eine Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten zur Folge hatte. Diese als ‚Globalisierung' diskutierte Entwicklung wurde zwar nicht zuletzt durch staatliches Handeln politisch flankiert und durchgesetzt, die Ursache jedoch ist in der inneren Widerspruchsdynamik der Verwertungsbewegung zu suchen (vgl. Lohoff/ Trenkle 2012). Zur Kritik der Globalisierungsdebatte und den dahinterliegenden sozio-ökonomischen Prozessen vgl. zudem Kurz 2005.

klärte Individuum daran ja wohl kaum was auszusetzen haben, oder? Letztlich hat die Partei also immer noch Recht, auch wenn sie sich nicht mehr so nennt.

Auch vom Proletariat kann der GSP nicht lassen, obwohl es nur noch als Schatten seiner selbst durch seine Theorie geistert. Einerseits bleibt es (wie im traditionellen Marxismus) der Hauptbezugspunkt „kommunistischer" Hoffnungen. Gleichzeitig ist dieser Bezug nicht mehr von der Emphase der historischen Mission getragen, sondern kommt stets resigniert und geradezu abfällig daher. Dass „das Proletariat" es zu nichts anderem gebracht habe als „zur selbstbewussten Anpassung an den Reformbedarf von Nation und Kapital"[44], wird ihm nun moralisierend vorgeworfen. Statt einer Analyse der historischen Transformationen wird so die gleichsam verpönte Moral zum Inhalt der Kritik. Das ist das Ergebnis einer Rückabwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie in einen plumpen Interessenspositivismus, der nichts mehr zu erklären vermag.

Der GSP (und seine Vorgängerin MG) weist sich aber auch noch in anderer Hinsicht als Kind seiner Zeit aus: vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Transformationen seit den 1970er Jahren hält er für seine AnhängerInnen ein bemerkenswertes psychologisches Angebot bereit. Sein gesellschaftstheoretisches Modell kommt der Bedürfnislage der postmodern verunsicherten Subjekte, die in ihrer Selbst- und Weltwahrnehmung zwischen dem Gefühl der Allmacht und dem Gefühl der Ohnmacht changieren (vgl. Bösch 2000), geradezu perfekt entgegen. Einerseits erleben diese sich als MacherInnen, die das Leben fest im Griff haben und gewissermaßen „Herr im eigenen Haus" sind. Und andererseits fühlen sie sich äußeren Mächten unterworfen und fernab jeglicher Handlungsfähigkeit. Beide Wahrnehmungen, so sehr sie sich auch zu widersprechen scheinen, haben doch einen gemeinsamen Ursprung. Sie resultieren aus der widersprüchlichen und doppelten Bestimmung des kapitalistischen Subjekts als eines Handlungsträgers, der einerseits den objektivierten Zwängen der Warenlogik unterworfen ist und zugleich darin sich aber immer individuell behaupten muss. (vgl. Bösch 2000)

44. So die Werbung für ein Buch von Peter Decker und Konrad Hecker mit dem Titel „Das Proletariat", das auf dem Cover folgendermaßen angepriesen wird: Das Proletariat. Politisch emanzipiert – Sozial diszipliniert – Global ausgenutzt – Nationalistisch verdorben. Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende". Decker und Hecker stehen hier faktisch auf dem Standpunkt eines enttäuschten Liebhabers, der trotz alledem auf einer völlig abstrakten Ebene immer noch die Arbeiterklasse als Subjekt anruft.

Der GSP reproduziert beide Pole dieses gedoppelten Wahrnehmungsmusters in seinem Theorie- und Agitationsangebot. Zunächst einmal wird die Ohnmacht bedient: die menschlichen Individuen sind dem GSP zufolge einer allumfassenden staatlichen Verfügungsmacht untergeordnet, die jeden ihrer Schritte gängelt und kontrolliert. Ein Ausbrechen aus diesen Verhältnissen ist nicht möglich, jede Handlungsoption ist entweder verstellt oder staatlich gewollt und so selber Teil der allumfassenden Repression.

Was bleibt, ist als ein einziger Ausweg die „vernünftige Einsicht" in diesen Systemzusammenhang. Wenn alle eingesehen haben, dass die allumfassende staatliche Gewalt systematisch ihre Interessen verletzt, sind sie durch einen kollektiven Willensakt in der Lage, den Kapitalismus außer Kraft zu setzen. Wer über diese Einsicht jetzt schon verfügt, gehört zu den Wissenden. So kann das postmoderne Individuum seine Allmachtphantasie befriedigen, wenn es nur die Texte des GSP gründlich studiert.

Auf diese Weise bekommt der politische Zusammenhang aus Lesekreisen, Agitationsveranstaltungen und Schulungskursen eine besondere Bedeutung. Zum einen vermittelt er immer wieder die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht und liefert ganz nebenbei so die Legitimation dafür, im kapitalistischen Alltag seine ganz individuellen Konkurrenz- und Karriere-Interessen zu verfolgen, weil es ja im Grunde völlig „unvernünftig" wäre, auf dieser Ebene Rücksichten zu nehmen. Zum anderen bietet er durch die Teilhabe am Wissen über den Kapitalismus und seine Funktionsweise die Illusion, damit aus dieser Ohnmacht ausbrechen zu können. Dass die propagierten und geschulten „Einsichten" seit Jahrzehnten unverändert geblieben sind, bietet in diesem Zusammenhang keinen Anlass zur Kritik oder wenigstens Skepsis, sondern bestätigt nur ihre dauerhafte und absolute Gültigkeit und befriedigt gerade darin die Allmachtsphantasien. Der besserwisserische Gestus, mit dem GSP-AdeptInnen meistens auftreten, ist dieser Konstellation geschuldet. Es ist völlig klar, dass sie gar nicht diskutieren, sondern nur belehren wollen, weil sie ja zu den Eingeweihten gehören, die über das wahre Wissen verfügen. Daher auch die offen zur Schau getragene Herblassung und Verachtung gegenüber denen, die „das Argument" immer „noch nicht verstanden haben"; an ihnen kann das eigene Allmachtsgefühl ausgekostet und die reale Ohnmachtserfahrung verdrängt werden.[45]

45. Zur psychologischen Dimension des „sich beweisenden" und bisweilen auch „aggressiv-entwertenden" Diskussionsstils, wie er auf Veranstaltungen gepflegt wird, die aus dem Umfeld des GSP heraus organisiert werden, vgl. auch Creydt 2015, S. 128ff. sowie S. 214ff.

Daher ist es auch kein Wunder, dass der GSP oft ob seiner sektenartigen Praxen auffällt. Die abgeschottete Gruppe von Erleuchteten, die ihr heiliges Wissen an die Heerscharen predigt, produziert und reproduziert sich stets weiter. In der Gedankenwelt des GSP lässt sich solches freilich leicht ausblenden. Denn vor dem Postulat eines freien und in gewisser Weise allmächtigen Willens ist alles das Ergebnis einer bewusst-rationalen Entscheidung; niemand ist von psychischen Bedürfnissen getrieben - schon gar nicht jene, die das alles doch verstanden haben.

So erklärt sich zu einem Gutteil die Faszination, die der GSP für viele Menschen ausübt: er bietet festen Halt in einer Welt, in der zunehmend jede feste Basis verloren zu gehen scheint. Insofern ist der GSP der Gegenpol zum großen Boom der Esoterik- und Wohlfühlindustrie seit den 1970er und 1980er Jahren. Er besetzt die andere aber ebenso falsche Seite eines Widerspruchs in den Subjekten, den er selber nicht versteht. Hier wie dort wird individuelle Reflektion eingefordert, zugleich aber eine Haltung eingeübt, die es erlaubt, mit den Zumutungen des postindustriell durchgeknallten Kapitalismus zu leben – nicht aber, sich ihnen zu widersetzen.

Quellen

Adorno, Theodor W. (2003 [1966]): Negative Dialektik. In: Gesammelte Schriften Band 6. Frankfurt am Main : Suhrkamp

Bierwirth, Julian (2015): Henne und Ei. In: Krisis 1/2015

Blankertz, Herwig (1982): Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Wetzlar : Büchse der Pandorra

Bösch, Robert (2000): Zwischen Allmacht und Ohnmacht. Zur Psychopathologie des bürgerlichen (d.h. männlichen) Subjekts. In: Krisis 23/2000. Online abrufbar unter: http://krisis.org/wp-content/data/zwischen-allmacht-und-ohnmacht.pdf

Creydt, Meinhard (2015): Der bürgerliche Materialismus und seine Gegenspieler. Interessenpolitik, Autonomie und linke Denkfallen. Hamburg : VSA

Decker, Peter (1982): Die Methodologie kritischer Sinnsuche. Systembildende Konzeptionen Adornos im Lichte der philosophischen Tradition. Erlangen : Verlag Palm & Enke

Decker, Peter/ Hecker Konrad (2002): Das Proletariat, München 2002

Decker, Peter (2005): Die „Kritische Theorie" der Frankfurter Schule: Sehnsucht nach Versöhnung als Gesellschaftskritik. Vortrag gehalten am 26.01.2005 in Berlin. Online abrufbar unter: http://www.contradictio.de/blog/wp-content/uploads/Krit_Theorie_P_Decker.mp3

Decker, Peter (2008): Zur Kritik an Faschisten, der Demokratie und Antifas. Online abrufbar unter: https://archive.org/details/DeckerVsAntifaLE2008

Decker, Peter (2012): Thesen zu den Charaktermasken des Kapitals, den sozialen Klassen - und was für antikapitalistische Politik daraus folgt. Online abrufbar unter: http://kritikundintervention.org/sites/default/files/Decker_Klassen&Charaktermasken_Bielefeld.pdf

Decker, Peter (2013): Wissenschaftskritik: Philosophie. Vortrag gehalten am 7.11.2013 in Erlangen. Online abrufbar unter: http://youtube.com/watch?v=_a1nESbq8lU&hd=1

Descartes, René (1637): Ausführungen über die Methode seine Vernunft gut zu gebrauchen und die Wahrheit in den Wissenschaften zu suchen. Online abrufbar unter: http://paedpsych.jku.at:4711/LEHRTEXTE/DecartesDiscours.html

Gäbler, Bernd (1982): Das Prinzip Ohnmacht. Eine Streitschrift zur Politik der ‚Marxistischen Gruppe'. Dortmund : Weltkreis

Gegenstandpunkt (2001): Die Psychologie des bürgerlichen Individuums. München : Gegenstandpunktverlag

Gegenstandpunkt (2004a): Erkenntnisvermögen – der direkte Weg zum Ding an sich. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/phil/kant/erkverm.htm

Gegenstandpunkt (2004b): Transzendentale Logik – Der umständliche und konstruierte Dreisprung des transzendentalen Denksports. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/phil/kant/translog.htm

Gegenstandpunkt (2004c): Warum wir nicht mit einem „durchdachten planwirtschaftlichen Konzept“ für den Kommunismus werben. In:Gegenstandpunkt 1/2004. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/04/1/lb-plan.htm

Gegenstandpunkt (2006): Leserbrief: Sprachhygiene – kein Nebenkriegsschauplatz, sondern antikritische Political Correctness. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/06/4/leser1.htm

Gegenstandpunkt (2007): Marco knutscht sich in den Knast. In: Gegenstandpunkt 3/2007. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/07/3/Marco.html

Gegenstandpunkt (2008): Wie man ‚Das Kapital' nicht schon wieder neu lesen sollte. Zur ‚Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie' von Michael Heinrich. In: Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahreszeitschrift 2/08

Gegenstandpunkt (2011): Leserbrief: Sind die marxistischen Kritiker der Moral nicht selbst die größten Moralisten?. In: Gegenstandpunkt 1/2011. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/11/1/gs20111c07h1.html

Gegenstandpunkt (2012): ‚Der Gegenstandpunkt: Eine Sektenkunde'. Woran ein Freigeist eine Sekte erkennt. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/gs/12/1/gs20121052h1.html

Gegenstandpunkt (2013a): Kritik – wie geht das? In: Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahreszeitschrift 4/13

Gegenstandpunkt (2013b): Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses: ‚Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit'. Statt Kritik des Systems der Ausbeutung eine radikalkritische Absage an den ‚Systemzwang'. In: Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahreszeitschrift 4/13

Greiff, Bodo von (1977): Gesellschaftsform und Erkenntnisform. Zum Zusammenhang von wissenschaftlicher Erfahrung und gesellschaftlicher Entwicklung. Frankfurt a.M/ New York : Campus

Gruppe 180° (2010): Geschlecht, Sprache und soziale Realität. Geschlechtergerechte Sprache mit materialistischer Sprachtheorie in den Blick genommen. Online abrufbar unter: http://tren.infopartisan.net/trd1110/t091110.html

Gruppe 3 (2000): Lebende Leichen oder warum das „Manifest gegen die Arbeit“ auf keinen Fall eine Kapitalismuskritik ist. Online abrufbar unter: http://www.trend.infopartisan.net/trd7800/t017800.htm

Huisken, Freerk (1999): Zum „Manifest gegen die Arbeit“ (Gruppe KRISIS): „Wir sitzen alle in einem Boot – in dem der kollabierenden Arbeitsgesellschaft!“. Online abrufbar unter: www.gruppe3.org/download/huisken%20_exzerpt.pdf

Huisken, Freerk (1987): Ausländerfeinde und Ausländerfreunde. Eine Streitschrift gegen den geächteten wie den geachteten Rassismus. VSA : Hamburg

Huisken, Freerk (1992): Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten. Hamburg : VSA

Käsler, Dirk/ Schniedelbach, Herbert (1985): Aufklärung über die Marxistische Gruppe (MG). Online abrufbar unter: http://neueraf.wordpress.com/2009/05/21/aufklarung-uber-die-marxistische-gruppe-mg/

Kling, Marc-Uwe (2011): Das Känguru-Manifest. Berlin : Ullstein

Krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit. Eigenverlag. Online abrufbar unter: http://krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit

Kurz, Robert (2005): Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin : Verlag Klaus Bittermann

Lohoff, Ernst (1998): Zur Dialektik von Mangel und Überfluss. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 21/22-1998. Online abrufbar unter: http://krisis.org/1998/zur-dialektik-von-mangel-und-ueberfluss

Lohoff, Ernst (2013): Auf Selbstzerstörung programmiert. Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marx‘schen Kritik der Politischen Ökonomie, Krisis 2/2013 http://krisis.org/2013/ernst-lohoff-auf-selbstzerstoerung-programmiert

Lohoff, Ernst (2005): Die Verzauberung der Welt. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft. 29/2005. Online abrufbar unter: http://krisis.org/2005/die-verzauberung-der-welt

Lohoff, Ernst (2006): Ohne festen Punkt. Befreiung jenseits des Subjekts. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft. 30/2006. Online abrufbar unter: http://krisis.org/2006/ohne-festen-punkt/

Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind, Münster 2012

Marxistische Gruppe (1973): Zum Charakter der Naturwissenschaften. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/nat/natwi.htm

Marxistische Gruppe (1977): Freisetzung von Staatsenergie. Der Kampf des Bürgers gegen die Kernspaltung. In: Marxistische Studenten Zeitschrift 16/1977. Online abrufbar unter: http://www.msz1974-80.net/AKWs.html

Marxistische Gruppe (1981): Rede auf der Schlußkundgebung: Gegen BRD-Imperialismus und NATO-Weltherrschaft. In: Marxistische Studenten Zeitschrift 6/1981. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/81/81_6/demo.htm

Marxistische Gruppe (1982): Die zwei großartigen Alternativen des 20. Jahrhunderts in Sachen Gewalt und Produktion. In: Marxistische Studenten Zeitschrift (MSZ), 6/1982. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/82/82_6/sysver.htm

Marxistische Gruppe (1986): Moral – Das moralische Gewissen der Klassengesellschaft. In: Marxistische Studenten Zeitschrift (MSZ), 7/1986. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/86/86_1/moral.htm

Marxistische Gruppe (1989): Kritik – wie geht das? In: Marxistische Studenten Zeitschrift (MSZ), 3 /89

Marxistische Gruppe (1991): Der demokratische Staatssicherheitsdienst entlarvt eine abweichende Meinung. Online abrufbar unter: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/91/91_4/pervers.htm

Meyer, Leo (1982): Die ‚MG' live vor den Betriebstoren. Aus den Erfahrungen eines Vertrauensmannes. In: Gäbler, a.a.O.

Mpunkt (2007): Vom feministischen Glauben. Online abrufbar unter: http://mparchiv.wordpress.com/2007/02/05/vom-feministischen.glauben/

Müller, Rudolf Wolfgang (1981): Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike. 2. Aufl., Frankfurt am Main/New York : campus

Ortlieb, Claus-Peter (1998): Bewusstlose Objektivität. Aspekte einer Kritik der mathematischen Naturwissenschaft. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 20/21-1998. Online abrufbar unter: http://math.uni-hamburg.de/home/ortlieb/hb09bewobj.pdf

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg : Ca ira

Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Frankfurt am Main : Suhrkamp

Rote Zellen AK München: Programmatische Erklärung. Online abrufbar unter: http://neoprene.blogsport.de/images/Rote_Zellen_AK__Programmatische_Erklaerung.pdf

Schandl, Franz (2004): Mehrwert und Verwertung. In: Streifzüge. Online abrufbar unter: http://www.streifzuege.org/2004/mehrwert-und-verwertung

Samol, Peter (2013): Michael Heinrichs Fehlkalkulationen der Profitrate. Zur Widerlegung von Michael Heinrichs Kritik am „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" und über die Bedeutung der schrumpfenden Wertmasse für den Krisenverlauf. In: Krisis 1/2013

Spehr, Christoph (2003): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Berlin : Dietz

Trenkle, Norbert (2005): Die metaphysischen Mucken des Klassenkampfs. Über die stummen Voraussetzungen eines merkwürdigen Retro-Diskurses, in: *Krisis* 29, Münster 2005

„ums Ganze!“-Bündnis (2009): „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normallvollzugs. Eigenverlag.

Verfassungsschutz (1995): ‚Marxistische Gruppe’ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes“

Wedel, Karl-Heinz (2003): Die Höllenfahrt des Selbst. Von Kants Todesform des sinn-losen Willens. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 26, Bad Honnef 2003. Online abrufbar unter: http://www.krisis.org/wp-content/data/die-hoellenfahrt-des-selbst.pdf

Weber, Max (1964 [1956]): Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe, Erster Halbband. Köln/ Berlin : Kiepenheuer und Witsch

Zunke, Christine (2011): Moral und Gesellschaftskritik, In: Ellmers, Sven/ Elbe Ingo (Hrsg.) Die Moral in der Kritik: Ethik als Grundlage und Gegenstand kritischer Gesellschaftstheorie, Würzburg: Königshausen & Neumann

Krisis – Kritik der Warengesellschaft

Krisis Beiträge seit 2013

1 / 2013 **Peter Samol**
Michael Heinrichs Fehlkalkulationen der Profitrate
Zur Widerlegung von Michael Heinrichs Kritik am „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" und über die Bedeutung der schrumpfenden Wertmasse für den Krisenverlauf

2 / 2013 **Ernst Lohoff**
Auf Selbstzerstörung programmiert
Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie

3 / 2013 **Julian Bierwirth**
Gegenständlicher Schein
Zur Gesellschaftlichkeit von Zweckrationalität und Ich-Identität

4 / 2013 **Peter Samol**
Ein theoretischer Holzweg
Die seltsame Fassung des Begriffs der „unproduktiven Arbeit" von Robert Kurz und wie er sich als Reaktion auf die Kritik daran in einen noch tieferen Schlamassel begeben hat

1 / 2014 **Ernst Lohoff**
Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation
Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis

1 / 2015 **Julian Bierwirth**
Henne und Ei
Der Wert als Einheit von Handlung und Struktur

1 / 2016 **Norbert Trenkle**
Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals
Eine Antwort auf *Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus?* von Christian Siefkes

2 / 2016 **Julian Bierwirth**
Der Grabbeltisch der Erkenntnis
Untersuchung zur Methode des *Gegenstandpunkt*

Das komplette Archiv der Krisis seit 1986 findet sich auf www.krisis.org
Ein Teil der Druckausgaben ist noch erhältlich und kann bei u.a. Adresse bestellt werden.

Förderverein Krisis | Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg | krisisweb@yahoo.de